

Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlag: Riefaer Tageblatt
Riefa, Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptamts Riefa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkammer: Dresden 1300
Stadtkasse Riefa Nr. 22.

Nr. 229.

Sonnabend, 30. September 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 170.— Mark ohne Frangierlohn, durch die Post (bei Haus 190.— Mark, Einzelnummer 10.— Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 12.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag Nachweissungs- und Vermittlungsgebühren 6.— Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Vertriebes oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hämel, Riefa; für Anzeigenteil: Wilhelm Ditzsch, Riefa.

Den von den städtischen Kollegien beschlossenen V. Nachtrag zur Wasserwerksordnung der Stadt Riefa geben wir nachstehend bekannt.

Der Rat der Stadt Riefa, am 23. September 1922.

V. Nachtrag zur Wasserwerks-Ordnung der Stadt Riefa vom 16. Dezember 1895.

L. 8 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

Der Wassergins wird nach dem Verbrauche durch Wassermesser festgestellt und berechnet und wird monatlich durch den Rassenboten erhoben. Er ist nebst der Versicherungsgeldhöhe bereit zu halten und beim erstmaligen Vorgehen der Leitung zu zahlen. Einwendungen gegen die Abrechnung sind bei der Direktion des Gas- und Wasserwerks anzubringen und halten die Abrechnung nicht auf. Wegen Abnehmer, die die Beträge der ihnen zugewiesenen Rechnung nicht innerhalb 8 Tagen nach der Zustellung vollständig an die Wasserwerkstasse bezahlt haben, wird nach Ablauf der Frist kostenpflichtige Mahnung erlassen. Weiter wird gegen Säumnisse, die auch die Mahnung unbeachtet lassen, das Abstellungsverfahren (§ 11) eingeleitet und dafür, gleichviel ob die Abstellung erfolgt oder nicht, eine vom Rate festzusetzende Gebühr erhoben.

II. In § 11 Satz 3 treten an Stelle der Worte „oder wenn der Wassergins 4 Wochen über den Verfalltag ganz oder zum Teil unbezahlt geblieben“, die Worte: „oder wenn der Wassergins nicht innerhalb der beim Mahnverfahren gesetzten Frist bezahlt worden ist.“

III. Dieser Nachtrag tritt am 1. Oktober 1922 in Kraft.

Riefa, am 19. September 1922.

Der Rat der Stadt Riefa.

Die Stadtverordneten.

(L. 8.) (nea.) Dr. Scheider, Bürgermeister. (L. 8.) (nea.) G. Wüntzer, Vorsteher.

Bekanntmachung.

Es wird darauf hingewiesen, daß bei Verwirkung hoher Strafe bis zum 2. Oktober 1922 alle Riefaer Einwohner sich im Rathaus unter Vorlage des Einkommensteuerbescheides von 1921 ev. sonstiger Unterlagen (Einkommensteuererklärung) melden müssen, welche laut Aufforderung des Kommunalverbandes Großenhain vom 25. 9. 22 (Nr. 224 des Riefaer Tageblattes) sich zwecks Ausscheidens aus der Brotverlohung anmelden müssen.

Der Rat der Stadt Riefa, am 30. September 1922.

Feldverpachtung am Sudlich.

Alle diejenigen, die noch ein Stück Feld am Sudlich haben wollen und an anderen Pächtern nicht beteiligt sind, wollen sich ab Montag, den 2. Oktober 1922, vorm. 8—12 Uhr im Gemeindeamt, Zimmer 14, melden.

Gröba (Elbe), am 20. September 1922.

Der Gemeindevorstand.

Spartkassa Gröba (Elbe).

Gemeindekontonr. 5. — Postkontonr. Dresden Nr. 30528.

Tägliche Verzinsung der Einlagen mit 3%, Prozent.

Kassentunden: Montags bis Freitags von 8—12 Uhr vorm. und 2—3 Uhr nachm., Sonnabends nur von 8—12 Uhr vorm.

Öffentliche Gemeindevorstellung Montag, den 2. Oktober 1922, abends 7 Uhr im Gasthof Walther. Tagesordnung hängt aus.

Weißa bei Riefa, am 30. September 1922.

Der Gemeindevorstand.

Vom 1. Oktober d. J. ab wird die Geschäftszeit im Gemeindeamt Weißa wie folgt festgesetzt: Montag 8—12 und 2—6 Uhr, Dienstag bis einschließlich Freitag 8—12 und 1—4 Uhr, Sonnabends einschließlich Vortage vor Festtagen 8—3 Uhr. Die Kasserverwaltung ist während dieser Tage nur vormittags für den Geldverkehr geöffnet.

Weißa bei Riefa, am 30. September 1922.

Der Gemeindevorstand.

Bezirksarbeitsnachweis Großenhain, Nebenstelle Riefa

— Bahnhofsstraße Nr. 17, Tel. Nr. 40. —

Kostenlose Arbeitsvermittlung und Stellennachweis für Jedermann.

Reisezeit für Frauen vorm. 8—10, für Männer 10—12, Uhr.

Offene Stellen für: 10 Böttcher, 2 Klempner, 1 Jung. Friseur, 1 Hotelbursche, mehrere Haus- und Küchenmädchen, mehrere landw. Burshen, Rechte und Mägde.

Vertikales und Sächsisches.

Riefa, den 30. September 1922.

—* Öffentliche Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums in Riefa am Dienstag, den 3. Oktober 1922, abends 6 Uhr in der Aula der Oberrealschule. 1. Beschaffung von Schleusenrotabdeckungen. Berichterstatter: Herr Schumann. 2. Bewilligung von Mitteln für Bauarbeiten im Wasserwerk usw. Berichterstatter Herr Städt. Freier. 3. Nachverwilligung von Mitteln für die Bauarbeiten im Gaswerk. Berichterstatter: Herr Städt. Schneider. 4. Abgeänderte Fassung der Bekanntmachung über den Verleihe jugendlicher Personen betr. 5. Ratsbeschluss, die Kaserne 11/68 betr. 6. Erhöhung der Rehr- und Schenerlöbne. Berichterstatter: Herr Städt. Doberenz. 7. Errichtung einer Gärtnerlehreklasse an der hiesigen Fach- und Fortbildungsschule. Berichterstatter: Herr Bürgermeister Wende. 8. Bewilligung von 1000 Mk. für den Bund deutscher Bodenreformer. 9. Ratsbeschluss, Ueberstunden bei der Polizei betr. 10. III. Nachtrag zum Statut des 23. Gebammensbezirks. 11. Benutzung der im Rathaus eingebauten Wohnung. Berichterstatter: Herr Städt. Schönborn. — Nichtöffentliche Sitzung.

—* Reichsmietengesetz. Der Rat der Stadt Riefa hat gemäß dem Reichsmietengesetz folgende Fassung für die Grundmiete beschlossen: für Hindendienst 15 Prozent, für Betriebskosten 120 Prozent als Berechnungsmaßstab einschließlich 20 Prozent als Vergütung für Hausverwaltung, für laufende Instandsetzungsarbeiten 100 Prozent und für große Instandsetzungsarbeiten 80 Prozent. Die Grundmiete ergibt sich, wenn man die am 1. Juli 1914 in Geltung gewesene Miete, die eventuell geändert werden muß, um 15 Prozent kürzt. Hierzu sollten also nur 85 Prozent Zuschläge treten, während in anderen Städten ganz bedeutend höhere Zuschläge erhoben werden, so z. B. in Dresden 705 Prozent. Wegen dieser Festsetzung haben die Organisationen der Vermieter und der Mieter Einpruch erhoben, über den die Amtshauptmannschaft zunächst entscheiden muß, bevor die gesetzliche Miete für den 1. Oktober 1922 ziffernmäßig ausgerechnet werden kann. In Frage kommen am 1. Oktober 1922 die pränumerando fälligen Mietzinsen, für welche rechtzeitig und unter Einhaltung der Kündigungsfrist des B. G. B. schriftlich die reichsgesetzliche Höchstmiete gefordert worden ist. Es dürfte sich empfehlen, daß sich Vermieter und Mieter über die Höhe der jetzt fälligen Miete, vorbehaltlich Verrechnung der späteren tatsächlich zu zahlenden Miete, einverstanden in der Art einig werden, daß die Mieter eine Zahlung leisten, die etwa der Grundmiete von 1914 zuzüglich 300 Prozent entspricht. Dieses dürfte im beiderseitigen Interesse liegen. Der Vermieter erhielte die für die Hausverwaltung vordringend erforderlichen Mittel in die Hand und der Mieter würde von der immerhin nicht unerheblichen Nachzahlung zu einer Zeit bewahrt, in der ihm die Zahlung vielleicht weniger auf wiegt als am Beginn des Vierteljahres. Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß seitens der Regierung eine weitere Erhöhung der Rahmenhöhe für die Zuschläge zur Grundmiete für den 1. Januar 1923 geplant wird.

—* Versammlungen der Hausbesitzer und Mieter. Am 26. d. M. fand in der Elbterrasse eine Versammlung des Hausbesitzerspersins statt, worin die für Riefa vom Stadtrat beschlossenen Zuschläge für die Grundmiete zur Sprache kamen. Diese Tagesordnung hatte eine außerordentlich große Anzahl von Teilnehmern veranlaßt, die Versammlung zu besuchen, jedoch nicht nur der Saal nicht gefüllt, sondern auch die Galerie besetzt war. Nachdem die wichtigsten Grundzüge des Reichsmietengesetzes und der sächsischen Ausführungsverordnung dazu noch einmal kurz dargestellt worden waren, wurde die Niederschrift über die Verhandlung verlesen, die Vertreter des Hausbesitzerspersins und Vertreter des Mietervereins gehalten haben. Die daraufhin vom Rate festgesetzten Zuschläge zur Grundmiete: 15%, für Hindendienst, 120%, für Betriebskosten und Verwaltung, 180%, für laufende Instandsetzungsarbeiten, 80%, für große Instandsetzungsarbeiten, zusammen 345%, wurden mit nur vom

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 1647 Mark.

Vorkandstische aus, sondern auch aus der Versammlung heraus unter Vorbringung von Tatsachenmaterial als durchaus ungenügend bezeichnet, die in keiner Weise der Bestimmung in § 3 der Ausführungsverordnung gerecht würden, wonach sie „nach den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen“ festgesetzt werden sollen. Die von den Teilnehmern an der erwähnten Besprechung erhobene Beschwerde wurde bekannt gegeben und einmütig gutgeheißen. — Der Mieterverein in Riefa hielt am Donnerstag abend in der Elbterrasse eine öffentliche Mieterversammlung ab. Die Versammlung sollte Stellung nehmen zu den 100-Sätzen der Reichsmiete, die der Stadtrat festlegen will oder festlegen hat. Herr Lehrer Gaumnitz hatte das Referat übernommen, er berichtete über die Sitzung, die zwischen dem Mietervereinsamt, den Hausbesitzer- und Mietervertretern stattgefunden hat. Der Vorsitzende, Herr Stadtratstrat Quellmaier, erklärte hierbei, er hätte die Geladenen nur herbeigeholt, daß sie Vorschläge machen, nicht aber um zu beraten. Die Hundertsätze wurden auf 345%, festgesetzt. Weiter zeigte der Referent an der Hand von Beispielen, wie die einzelnen Bestimmungen des Reichsmietengesetzes gehandhabt werden sollen. Am Schluß seiner Ausführungen bemerkte er, daß er mit der erhöhten Miete nicht einverstanden ist, da sie zu hoch sei. Als echter Debatte-rechner sprach Herr Bürgermeister. Auch er konnte sich mit der hohen Miete nicht einverstanden erklären. Es sprachen noch Herr Rittel und Herr Barth-Gröba. Es wurde folgende Entscheidung an den Stadtrat eingebracht und einstimmig angenommen: Die Mieter Riefas erheben Einspruch gegen die vom Stadtrat festgesetzten 100-Sätze. Diese Sätze bedeuten eine ungerechtfertigte Belastung der Mieter zu Gunsten der Hausbesitzer. Die Mieter fordern vom Stadtrat, daß bei der Durchführung des RMG in Riefa der Rat die Stadtverordneten nicht übergeht, sondern die Frage durch Ortsgeist regelt unter Mitwirkung der Mietervereinsämter. Unter Punkt „Verständenes“ kritisierte Herr Bürgermeister verschiedene Unrichtigkeiten des Wohnungsausschusses. In verschiedenen Wohnungsangelegenheiten hat er sich beschwerend geäußert an den Stadtrat gewandt, dieser hat ablehnend geantwortet und alles für richtig befunden. Die Versammlung erklärte sich mit einer derartigen Behandlung nicht einverstanden. Frau Gliesberg sprach in demselben Sinne. Herr Schäfer beklagte sich über den Wohnungsvergebungsausschuss und über das Mietervereinsamt. In einem Falle soll der Mieter mit Einwilligung des Mietervereinsamtes auf die Strafe gesetzt werden, weil er aus Gefallen die Strafe nicht mehr leibt. Am Schluß seiner Ausführungen berichtete er noch in seiner Wohnungangelegenheit, Bettinerstraße 37. Als Schlußrede bemerkte Herr Bürgermeister, daß die Ausführungen von Schäfer leider den Tatsachen entsprechen.

—* Schefflerscheiden aus dem Organisationsamt. Mit dem heutigen Tage scheidet Herr Oberlehrer H. W. Scheffler aus dem Organisationsamt aus. Am 1. Oktober 1906 trat Herr Oberlehrer Kantor Müller, der Vater von Dr. Johannes Müller und Prof. Amtsgerichtsrat Dr. Paul Müller, in den Ruhestand. Das Amt wurde damals in ein Kantorat und ein Organisationsamt geteilt. Das Kantorat erhielt der jetzt noch im Amte stehende Herr Kirchenmusikdirektor H. Fischer, während das Organisationsamt in die Hände von Herrn Scheffler gelegt wurde. Somit hat er das Amt 27 Jahre mit seltener Treue und Gewissenhaftigkeit verwaltet. So manches Mal hat er die Kirchenbesucher durch sein vollendetes, künstlerisches Orgelspiel in Beseeltheit erbaud. So manches Mal hat er im Verein mit dem Kantor in den Kirchenkonzerten sein Bestes gegeben, so daß wir ihn nun mit Bedauern aus seinem kirchlichen Amte scheidend sehen. Zugleich wünschen wir aber, daß er bald wieder in den Vollen seiner Kräfte kommen möge.

—* Treuer Mieter. Heute vollendeten sich 25 Jahre, seit Herr Oberlehrer Max Richter im Hause des Herrn Runkelstraße 33. wohnt.

—* Beamtenjubiläum. Der Oberbeizer bei der Reichsbahn, Herr Karl Bräuer, Schützenstraße 18 wohnt, begeht am 1. Oktober d. J. sein 25jähriges Beamtenjubiläum.

—* Sächsische Landesbühne. Heute Sonnabend geht das dreitägige Lustspiel „Der Herr Senator“ von Franz Schöthan und Gustav Kadelburg in Szene. Am Sonntag wird „Der leuchtende Lebewurm“, Schwank in 3 Akten von Franz Arnold und Ernst Bach gegeben. Am Montag Uraufführung von „Gespenschen“, ein Familiendrama in 3 Akten von Henrik Ibsen.

—* Sächsische Landesbühne. Gerhart Hauptmann, der größte Dichter des deutschen Naturalismus, dessen 60. Geburtstag wir bekanntlich im November dieses Jahres feiern, zog sich gestern mit seinem ersten Drama „Vor Sonnenaufgang“ in seinen Bann und brachte uns damit wieder einmal so recht deutlich zum Bewußtsein, welche hohe sozialistische Mission der große Dichter mit seinem künstlerischen Schaffen erfüllt. Wenn Gerhart Hauptmann anlässlich der Dresdener Festspielwoche u. a. ausführte, daß es gelte, die kulturelle Mission auch in die entferntesten Siedelungen des Reiches zu bringen, nicht in einer sterilen äußeren Art, sondern in einer fruchtbareren menschlichen Weise, so hat er durch sein eigenes Wirken das beste Beispiel gegeben. Wie lebendig verließ er seinen hohen Idealen Gestalt und Sprache, getrieben von tiefem Mitgefühl mit den sozialen Nöten seines Volkes! Es sind allerdings an sich wenig irdische Bilder, die er in diesem sozialen Drama, das in seiner schillernden Heimat spielt, aufrollt: Trunksucht, Sinnlichkeit, Brutalität, Ausbeutung reden eine trübe, aber deutliche Sprache. Und mitten hinein in diese schmutzige Umwelt stellt der Dichter ein reines Mädchen und einen idealgefinnten Mann, der es erlösen möchte, es aber schließlich doch nicht kann, weil ein anderes Prinzip in ihm stärker ist. Das Gesicht des Mädchens, das nun keine Rettung sieht, ist von erschütternder Tragik. — Ehrliches künstlerisches Können ließ uns das alles lebendig erleben. Von seiner Wirkung legte eine still ergriffene Zuhörerschaft das beste Zeugnis ab. Renate Jedel gestaltete die reine Mädchenfigur so schön, die schließlich in dem sie umgebenden Sumpf untergeht. Max Jahnia verkörperte den brutalen egoistischen Hoffmann. Franz Braun stellte den idealgefinnten, ehrlichen Vorkämpfer dar. Franziska Renz-Silbert bot die ungebildete probige Guttschneiderin Frau Krause. Otto Ottbert zeichnete den natürlichen Arbeitermann Weiß. Hermann Schröder schuf den unerbittlichen Käufer Krause. Werner Schopf war der Bauerndiener Wilhelm Kohl. Einen hohen poetischen Reiz gewährte die entzückende Liebeszene im 4. Akt. Alle Darsteller hatten erblichen Anteil am künstlerischen Erfolg des Abends. Ausstattung und szenischer Rahmen gaben der hervorragenden Aufführung, für die wir der Sächsischen Landesbühne besonders dankbar sind, einen würdigen Hintergrund.

—* Der Zentralverband der Angestellten, Gau Sachsen, hielt am 23. und 24. September in Freiberg seinen diesjährigen Gantag ab. Aus dem Geschäftsbericht des Gauleiters Dachtel war zu entnehmen, daß die Organisation gefestigt dasteht. Eine gewaltige Arbeit verurachten die sich dauernd notwendig machenden Tarifabschlüsse. Den Höhepunkt der Tagung bildete das Referat des Hauptvorstandesmitglied Schöder-Berlin, ein bekannter Spezialist auf diesem Gebiete, über das Arbeitsrecht. Dankeausdrücke an diesem Gantag sprach über Dankeausdrücke. Er behandelte eingehend die Lehrlingsausbildung, die Beschäftigung der Arbeiter- und Wohnräume der Dankeausstellungen, die Umgestaltung der gesetzlichen Bestimmungen über die Ueberarbeit und andere wichtige Gebiete. Die weitere Tagesordnung behandelte in der Hauptsache innere Verbandfragen. Mehrfache Entschlüsse, die Dankeausstellung, die Gesandtschaft einer Schlichtungsordnung, einer vorläufigen Arbeitslosenversicherung, die Arbeitszeit der Angestellten, die vorläufige Regelung des Wettbewerbswesens und die Reichsversicherungsordnung betreffend, fanden einstimmige Annahme. Ein Antrag, der wünschte, daß der Verbandsvorstand nach dem herkömmlichen Mittel wählbar

Erholungsheim in Betrieb nehmen, wurden dem Hauptort übergeben.

Vom Sächsischen Landes-Obst- und Weinbauverein wird mitgeteilt: Bis Mitte Oktober soll alles Obst geerntet sein. Dann beginnt die beste Zeit für die Herbstpflanzung. Nur Pfirsiche, Aprikosen und Wein pflanzt man im Frühjahr. Die Baumscheiben frisch gepflanzter Bäume bedeckt man mit Laub, Torfmoos oder Dünger. Mit dem Auspflanzen, Auslichten der Baumkronen sowie mit dem Schneiden kann begonnen werden. Der Herbstschnitt gleich nach dem Laubfall ist dem späteren Frühjahrsschnitt vorzuziehen. Stamm und Äste sind von Moos, Flechten und abgestorbenen Rindenteilen zu reinigen. Das Umgraben der Baumscheibe dient der Bodenlüftung, aber ebenso der Schädlingsbekämpfung, da viele Puppen sich in der Nähe des Stammes im Boden aufhalten und durch Umgraben vernichtet werden, wie Frostspanner, Strichfliegen, Maulwürfer usw. Schutzkörbe von Traubengestalt mit 45 Millimeter Maschenweite sind als Schutz gegen Wildfraß um die Stämme zu legen. In den ersten Tagen des Monats, wenn es noch nicht gefroren ist, lege man die Aesgürtel als Schutzmittel gegen den Frostspanner an. Von großer Wichtigkeit für die gesunde Entwicklung der Obstbäume ist das Kaufen des Bodens. Wo im Obstgarten gegraben wird, hole man die Dünger heraus, sie verzehren viel Ungeziefer. Ein wertvolles Futtermittel für den Obstgarten ist das Fraßkraut, ein lebhaftes deutsches Ruden, ein ausgezeichnetes Futterkraut und Ungeziefervertilger. Erdbeerbereite sind mit Dünger zu bedecken. Den Dünger lege man zwischen, niemals auf die Pflanzen; sonst faulen diese. Alles Baumlaub kommt auf den Komposthaufen, dem man Kalk beimischt zwecks Vertilgung von Ungeziefer und Schädlings. Die im Juni angelegten Obstmadenfallen sind Ende des Monats vorsichtig abzunehmen und zu verbrennen, die Stämme zu säubern. Das Obstlager ist alle paar Tage durchzumustern. Dabei entferne man alle beschädigten Früchte zur sofortigen Verwendung.

Sächsischer Gewerbetag am 20. September fand in Chemnitz eine Sitzung des Sächsischen Gewerbetages statt, dessen Vororkammer in diesem Jahre die Gewerbetagung Chemnitz ist. Der Beginn der Verhandlungen galt dem Entwurf eines Arbeitnehmerschutzgesetzes. Der Kammertag stimmte der Schaffung von amtlich anerkannten Berufsvertretungen für die Arbeitnehmer zu und schlug zu einzelnen Paragraphen des vorliegenden Entwurfs zweckmäßige Änderungen vor. Zur Frage des Preisaufdrucks auf verpackte Waren trat der Kammertag zunächst der vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft vertretenen Ansicht entgegen, daß auch nach Neufassung der Bekanntmachung über die äußere Kennzeichnung von Waren vom 19. Mai 1922 der § 2 der Verordnung vom 18. Mai 1918 noch in Kraft sei, nach welchem der Preis für Gegenstände des täglichen Bedarfs, die zum Weiterverkauf unter Befreiung eines Kleinverkaufspreises geliefert worden sind, nicht erhöht werden dürfen. Im Zusammenhang hiermit beschäftigten sich die sächsischen Gewerbetagungen erneut mit der Wirkung der Preisstreikverordnung auf Kleinhandel, Handwerk und Gewerbe, soweit für letztere Gegenstände des täglichen Bedarfs in Betracht kommen. Der Kammertag wies darauf hin, daß die Gerichte und sonstigen zuständigen Stellen bei Anwendung der Bestimmungen der Preisstreikverordnung dem durch die Entwertung des Geldes herbeigeführten Zustand auf dem Warenmarkt nur abgerundete Rechnung tragen. Es wurde erklärt, daß dem Handel und dem Gewerbe, wenn sie ihre Existenz nicht in Frage gestellt sehen wollen, unbedingt gehalten sein muß, in den Zeiten der jetzigen, irrunhaft steigenden Geldentwertung für ihre Waren einen Verkaufspreis zu fordern, der ihnen die Anschaffung der nächsten, im Einkaufspreis bedeutend höheren Waren ermöglicht. Weiter beschlossen die sächsischen Gewerbetagungen, zur Hebung der Lehrlings-Ausbildung im Schneiderhandwerk einen größeren Beitrag aus dem sogenannten „Textilienfonds“ bereitzustellen, Anträge von Innungen auf Bewilligung von Beihilfen sind über den Verband Sächsischer Schneider-Innungen an die jeweils zuständige Kammer zu leiten. Zur Frage der Unterstützung des Sächsischen Innungsboten erklärten die sächsischen Gewerbetagungen, daß sie ein Fortbestehen dieser Zeitschrift für dringend erwünscht halten und es lebhaft begehren würden, wenn das Blatt infolge der hohen Kosten für Papier und Druckhöhe sein Erscheinen einstellen müßte.

Verkaufverbot für Fabrikartoffeln. Da bereits aus einzelnen Landesteilen über erheblichen Wagenmangel Klagen vorliegen, hat sich das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft zwecks späterer Durchführung der Winterernte der Bevölkerung mit Kartoffeln entschlossen, bei dem Herrn Reichsverkehrsminister ein vorübergehendes Verkaufsverbot für Fabrikartoffeln zu beantragen. In der Zeit vom 1. bis 15. Oktober einschließlich soll der Verkauf von Kartoffeln nach Stärkefabriken, Molkereifabriken, Trocknerreien und Brennerreien mittels Eisenbahn unterbleiben.

Rückfälliger Verzügler. Der 1900 zu Delfitz bei Mies gegebene, bereits schwer vorbestrafte Kraftwagenfahrer Otto Bernhard Eduard B. hatte ihm Frühjahr bei einem Wittergusspöchter in Kommissärs Anstellung gefunden, war aber später mit dem ihm dort übergebenen Kraftwagen abgewandert. B. benützte den Ausweis, um alsdann in drei Fällen in Reichen und Dresden Verkehrspräsidium Dresden ein Dienstrad. Das Schöffengericht zu Dresden verurteilte den rückfälligen Verzügler und Dieb zu insgesamt einem Jahr drei Monaten Gefängnis und 700 Mark Geldstrafe, sowie zu dreijährigem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Das Abrennen der Jüge fällt weg. Mit Einführung des Winterfahrplans am 8. Oktober 1922 fällt das Abrennen der Jüge in den Warteräumen des Bahnhofes Mies weg.

Local-Entbindungsschau. Vom Patentbüro Kreuzer, Dresden-Alt. Max Schreiber, Walda bei Großenhain: Flugfahrzeug. (Gm.) — Bruno Bartel, Mies: Rollstuhl. (Gm.) — Gerhard Raubendorf, Klein-Böhlitz bei Groß-Pötsch: Getreide für Strohpresse. (Gm.)

Fahrpreise in tschechoslowakischen Kronen. Vom 1. Oktober 1922 an sind die Fahrpreise für den Verkehr von den Stationen Bodenbach, Geer, Engelsberg, Gersdorf, Franzensbad, Reichen, Krájan, Nachendorf, Reichenberg, Teichsen und Weiskirchen (Reiche) und nach allen Reichsbahnstationen für die gesamte Strecke in tschechoslowakischen Kronen zu entrichten. Der den Fahrkarten in Mark aufgedruckte Teilfahrpreis wird nach dem von der Eisenbahnverwaltung festgesetzten Kurs in Kronen umgerechnet.

Tschechische Retorsionen gegen Sachsen! Wie den „N. N.“ gemeldet wird, hat die Weiger Regierung „Vergeltungsmassnahmen“ (Retorsionen) nach demütigtem Muster gegen Sachsen angeordnet wegen der von Sachsen erlassenen Ausweisungs- und Ausverkaufsmaßnahmen. Die tschechische Regierung hat nicht nur die Maßnahme deutscher Künstler und Artisten in Böhmen verboten, sondern auch den sächsischen Beamten, die beruflich in der Tschechoslowakei zu tun haben, eine unangenehme Ueberraschung dadurch bereitet, daß sie ihnen jetzt das Visum voll oder zu einem erheblichen Teilbetrag anrechnen, während diese Beamten es bisher umsonst erhalten haben. Die Tschechen beschwerten sich in der Hauptsache über drei Punkte: 1. über die angeblich harte Verfolgung der Kaufleute, 2. über die Ausweisungsmaßnahmen, und 3. über die Erhebung

hoher Aufenthaltserlaubnisgebühren, die zwischen 10000 und 35000 Mark schwanken.

Ein Wahlenlauf in Bismark. Ueber die Wahl in Sachsen äußert sich der berechtigte Innenminister Bismark in einem wohl als Privatarbeit aufgearbeiteten Aufsatz in der sächsischen Staatszeitung. Er geht zunächst auf die früheren Wahlen ein und verweist, an statistischem Zahlenmaterial nachzuweisen, daß das ungünstige Ergebnis der letzten Landtagswahlen (49 Sozialdemokraten gegen 47 Bürgerliche) allein auf die Sprengung der U.S.B. in Halle zurückzuführen sei. Die kommenden Landtagswahlen länden unter anderen Voraussetzungen statt. Die sozialdemokratische Regierung Sachsens habe den Beweis erbracht, daß sie die Interessen des Volkes, insbesondere des arbeitenden Volkes, rechtlos gewahrt habe. Es folgt dann eine Aufzählung von Leistungen der Regierung, unter denen die Demokratisierung der Verwaltung eine Hauptrolle spielt. Besonders viel vermisst er sich von der Einheitsfront der sozialistisch bewussten Arbeiterschaft, die die Schwungkraft der Arbeiterbewegung steigern und die Lässigen mitreißen werde. Am Schluß seiner Ausführungen glaubt Herr Bismark so optimistisch sein zu dürfen, daß er eine bürgerliche Mehrheit bei der Landtagswahl in Sachsen für ausgeschlossen hinstellt. Es sei sogar möglich, meint er, bei den Landtagswahlen eine rein sozialistische Mehrheit, frei von kommunikativen und bürgerlichen Einflüssen, zu erlangen.

Das Sächsische Jugtiergesetz ist im Kraftfahrzeugetzeuergesetz die Ueberweisung der Kraftfahrzeugetzeuereinträge in voller Höhe an die Länder an die Bedingung geknüpft worden, daß diese eine Fahrzeugetzeuereinführung. Das sächsische Wirtschaftsministerium hat geantwortet, aus wirtschaftlichen Gründen dahin wirken zu sollen, daß statt der Fahrzeugetzeuereinführung eine Fahrzeugetzeuereinführung eingeführt wird, weil sonst die Gefahr einer Verschärfung des Wagenparks bestände hätte. Zu dem den sächsischen Handelskammern vorgelegten Entwurf eines derartigen sächsischen Jugtiergesetzes liegt jetzt das Gutachten der Handelskammer Wauen vor. Dasselbe sprach sich dahin aus, daß die Einmündigen aus einem Jugtiergesetz der im Entwurf vorgelegten Art, wie an einzelnen Beispielen festgestellt werden konnte, für so gering zu halten seien, daß bei der Höhe der Wegeunterhaltungskosten den Gemeinden durch das Steuerertragsvermögen keine fühlbare Erleichterung zuteil werden würde, zumal die Kosten der Erziehung vermutlich einen sehr beträchtlichen Teil der Einnahmen aufzuehren werden. Diese Vetterungssart sei also aus diesem Grunde nicht für besonders günstig zu erachten. Dem sei auch noch hinzuzufügen, daß die Jugtierbesteuerung die gleichen Objekte treffe, die auch die sächsische Gewerbesteuer unter der Betriebsanlage erfasse. Im übrigen sprach sich die Handelskammer Wauen vor allem nachdrücklich gegen die vorgesehene Ermäßigung an die Bezirksverbände bzw. Gemeinden, die Steuer bis auf das Dreifache zu erhöhen.

Zu spät kommt

wer nicht heute noch das Mieser Tageblatt für Monat Oktober bezug, das vierte Vierteljahr 1922 bestellst. Wer ständiger Leser werden will, wende sich hierüber persönlich oder schriftlich an die Tagesblatt-Geschäftsstelle in Mies, Poststr. 59. Von dort aus wird ihm der bequemste Weg zur Bestellung des Mieser Tagesblattes nachgewiesen.

Die Bezirksverbände und Gemeinden würden von dieser Ermäßigung zweifellos bei ihrer Geldnot bis zur Höchstgrenze Gebrauch machen. Das seien aber Beträge, die außerhalb einer erträglichen Beziehung zu den Werten der Jugtiere ständen, zumal diese doch auch durch die sächsische Gewerbesteuer belastet seien. Eine Erhöhung der Steuerhöhe könnte überhaupt nicht in Betracht gezogen werden. Im übrigen würde, soweit die Bezirksverbände und die Gemeinden nicht bis an die zugelaufene Höchstgrenze heranziehen, eine Differenzierung der einzelnen Bezirke eintreten, die unerwünschte Unterschiede in der Konkurrenzfähigkeit der Betriebe zeitigen muß. Es wäre wohl überhaupt besser, wenn die Steuer vom Staate erhoben würde, der das Steuerertragsvermögen auf die Beteiligten nach Maßgabe ihres Bedarfes verteilt, denn dann würde die geringere Leistungsfähigkeit der ärmeren Gemeinden, die hohe Wegebaukosten haben, wie z. B. die des oberen Erzgebirges, ausgeglichen mit den bessergestellten Gemeinden mit niedrigen Lasten, wie z. B. im Flachlande. Im übrigen forderte die Handelskammer Wauen bei Einführung des Jugtiergesetzes und nach Einführung des Kraftfahrzeugetzeuergesetzes, daß von der Erhebung von Straßen- und Eisenbahnen durch die Gemeinden abgesehen werde, denn das Aufkommen aus den den Verkehr belastenden neuen Steuern solle ja zur Instandhaltung der Wege dienen, sodah die Erhebung von Sonderabgaben, die den Verkehr stark belastigen, entbehrlich sei. Außerdem dürfte aus dem gleichen Grunde wohl die Aufhebung des § 17 des Gesetzes über die Wegebaupflicht vom 12. Januar 1870 in Erwägung zu ziehen sein.

Starb. Auf der Rosen-Döbener Staatsstrasse in der Nähe eines Kuhstalles wurde am Mittwoch nachmittags 1/2 Uhr eine Kuh herbeigefahren. Da kam ein Döbener Automobil die feste Stelle der Strasse heraus gefahren. Der Wagenfahrer konnte nicht sehen und auch nicht wissen, daß jenseits der Kuh herbeigefahren die Strasse hinab getrieben wurde und die Strasse einnahm. Als das Auto auf die Kuh gelangt war, bremste er sofort, konnte aber nicht verhindern, daß eine Kuh vor den Wagen lief und angefahren wurde. Bei dem Zusammenstoß mit der Kuh wurden die beiden Insassen aus dem Wagen geschleudert, sie kamen glücklicherweise ohne Verletzungen davon. Der Kuh aber wurde ein Bein gebrochen, und sie mußte geschlachtet werden. Das Automobil wurde stark beschädigt. Der Unfall macht zur Vorsicht beim Treiben von Viehherden auf Straßen mit Kraftwagenverkehr.

Dresden. In der Dresdener Stadtverordnetenversammlung wurde die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen bekanntgegeben. Eine Ratsvorlage, die von den bürgerlichen Fraktionen unterstügt wurde, betreffend eine Hilfsaktion zugunsten des Bundes der Kinderreichen wurde mit den sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt. Weiter wurde beschlossen, den Rat zu ersuchen, darüber Auskunft zu erteilen, ob es den Tatsachen entspricht, daß in Dresden bei einer Wohnungsabfrage von 1914 beinahe alle Wohnungslosen untergebracht werden konnten!

Pirna. Ein hiesiger Schneiderlehrling hatte einem Freund in mehreren Fällen ein leeres Blatt Papier vorgelegt und ihn dann zu veranlassen gewußt, seinen Namen darauf zu schreiben. Dieses Papier verwandelte der Schneiderlehrling durch Zufall einer entsprechenden schriftlichen Erklärung in einen Schuldschein, der auf diese Weise die Unterschrift seines Freundes trug. Der Lehrling hatte sich so „Geld zu machen“ verstanden. Sein unredliches Tun wurde jedoch erkannt und erfolgte seine Festnahme wegen Betrugs und Urkundenfälschung.

Ramens. Als am Dienstagabend der hier wohnende Eisenbahnkassierer Emil Borgmann den abends 9.20 Uhr hier eintreffenden preußischen Zug kurz hinter Bahnhof Senftenberg verlassen wollte, um die Fahrkarten zu kontrollieren, schlug die Abteilleiter an eine an der Bahnlinie stehende Gartensäule an und betrat bestig zurück, daß Borgmann zwischen Fähr und Wagen geriet und schwere Verletzungen erlitt. Infolge des furchtbaren Schlags wahrscheinlich bestunnt worden, wurde er vom Trieb-

breit und geriet unter den Zug, wodurch ihm weitere schwere Verletzungen zugefügt, u. a. auch ein Bein abgefahren wurde, so daß er den Tod erlitt.

Wittenberg. Aus dem Wittenberg wurden dieser Tage von Kindern und Erwachsenen etwa 40 Schlaraffen geblieben.

Leipzig. Die für Donnerstag nachmittag von der Vereinigten sozialdemokratischen Partei und dem Leipziger Gewerkschaftsrat nach dem Augustplatz angelegte Demonstration gegen den Preiswucher zeigte eine Beteiligung von etwa 10000 Personen. Es sprachen einige Redner zu der Menge, die die Schuld an den hohen Lebensmittelpreisen der aufgehobenen Zwangswirtschaft betrafen und heftige Angriffe gegen das Reichs Ernährungsministerium richteten. Die Redner wurden aufgefordert, sich gegen die Maßnahmen des Reichs Ernährungsministeriums zu wehren. Die Demonstration nahm einen ruhigen Verlauf.

Leipzig. Anfang dieses Jahres wurde die Leipziger Einwohnerschaft durch eine Reihe schwerer Einbruchsdiebstähle, die auf höchst raffinierter Art ausgeführt waren, beunruhigt. In der Nacht vom 16. Mai hatten sich Einbrecher Räume des Juwelers Güttig am Thomaskirchhof verhaftet und Gold- und Silberwaren im Wert von 180000 Mark entwendet. Die ganze Art des Einbruchs, alle Begleitumstände und Spuren führten die Kriminalpolizei auf die Fahre der Verbrecher, die sich nach einem kurzen Aufenthalt in Leipzig nach Berlin gewendet hatten. Einige Tage nach dem Diebstahl reiste ein Mitglied der Bande, das in Leipzig zurückgeblieben und der Polizei bekannt geworden war, seinen Komplizen nach. Ohne daß der Mann es bemerkt hätte, machten zwei Kriminalbeamte mit ihm im gleichen Wagen abteil die Fahrt nach Berlin mit. Er und seine Genossen, die ihn auf dem Anhalter Bahnhof empfingen, wurden verhaftet. Die Verhafteten wurden nach Leipzig zurückgeschafft. Vier gelang es der Polizei, auch noch einen vierten Komplizen in Sudelhausen festzunehmen. Mit dem Klebstoff, dem Mechaniker Alfred Franz Vojatz, dem Handlungsgehilfen Hermann Kurtsch, dem Händler Otto Walter Stemmler und dem Händler Max Albert Kahl hatte die Polizei einen guten Fang gemacht. Hier vorher hatten Vojatz und Kurtsch bereits der Villa des Kommerzienrats Philipp in der Kaiser-Wilhelm-Strasse einen Besuch abgekehrt und Silberfächer im Wert von 100000 Mark, außerdem Wein und Zigarren geholt. Am 19. Februar verübte Vojatz mit einem unbekannt gebliebenen Gefährten einen Einbruch in die Wohnung der Frau Ennehardt am Hindenburgweg, wo ihnen Gold- und Silberwaren, Münzen usw. im Werte von 40000 Mark in die Hände fielen. Stemmler und Kahl übernahmen die gestohlenen Sachen, schmolzen das Edelmetall ein und verkauften die gewonnenen Barren für 62000 Mark. Beide Gefährten erhielten von dem Erlös je 10000 Mark. Die vier Komplizen hielten sich jetzt vor der sechsten Strafkammer des hiesigen Landgerichts zu verantworten. Vojatz wurde zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenrechtsverlust, Kurtsch zu 6 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenrechtsverlust, Stemmler zu 3 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust und Kahl zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Bermischtes.

Kampf mit einer Räuberbande. Wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, drang eine aus 30 Personen bestehende, mit Handwagen ausgerüstete Bande in die Gemarkung der Gemeinde Lehna ein, um die Östernie zu rauben. Zwischen den Bauern, die sich mit Revolvern bewaffnet hatten, und den Räubern kam es zu einer regelrechten Schlacht, in deren Verlauf zwei Personen schwer und 6 leichter verletzt wurden. Die inzwischen alarmierte Gendarmerie verhaftete die Räubersführer der Räuber.

Eine Massenmörder-Familie. Vor der Strafkammer in Graudenz wurde, wie der „Berl. Lokal-Anz.“ berichtet, in vierjähriger Verhandlung eine Räuberbande angeklagt, die seit der Befreiung Westpreußens durch die Polen im Jahre 1919 in den Kreisen Briesen, Schwedt, Culm und Neuwitz in grauenhafter Weise gehandelt hatte. Der Führer der Bande war ein gewisser Franz Jankowski, die übrigen Mitglieder der Bande gehörten alle seiner Familie an. Es waren zwei Söhne, zwei Töchter, ein Schwiegersohn und zwei Neffen des Anführers. Die Bande hat über 30 Diebstähle, Brandstiftungen und Mordanschläge ausgeführt und dabei 20 Menschen umgebracht. Sie arbeitete mit Messern, Äxten und Revolvern. Abgelebene Geschäfte wurden unternommen und die Bewohner niedergemetzelt, in vier Fällen ganze Familien. Im Januar d. J. wurde das Gut Bromki bei Schwedt überfallen und acht Menschen, darunter vier Kinder, mit der Axt erschlagen und darauf das Gehöft angezündet. Kurz danach wurde die Bande von Polizeipatrouillen festgenommen. Der Vater Jankowski erklärte bei der Verhaftung, er wolle sich gern den Kopf abschlagen lassen, er habe genug Menschen umgebracht. Die Verhandlung erbrachte entsetzliche Einzelheiten. Der Räuberhauptmann gehand ein, daß er seine eigene Tochter vergewaltigt habe. Bei einem Kirchenraub hatte die Bande die geweihten Hostien zerstört und die Kirche verbrannt. Die bei den Raubüberfällen ermordeten Bauern und Förster waren vor ihrem Tode in größlicher Weise verstümmelt worden. Der Vater Jankowski und seine beiden Söhne wurden wegen vielfachen Mordens und Raubens zum Tod und zu je 15 Jahren Zuchthaus verurteilt; die beiden Töchter wurden freigesprochen.

Ein falscher Abignon-Gefangener. In Wschaffenburg war vor einigen Tagen ein junger Mensch aufgefaßt, der sich Michael Schmidt nannte und angeblich, soeben nach achtjähriger französischer Kriegsgefangenschaft aus Abignon in die Heimat entlassen worden zu sein. Auf die Schilderung seiner Leiden hin wurden ihm reiche Spenden übermittlelt. Die Wschaffener Polizei hat jetzt festgestellt, daß es sich um einen Schwindler handelt, der niemals gefangen war. Der Betrüger ist spurlos verschwunden.

Die Opfer der Explosionskatastrophe von Spezia. Über die wir gestern berichtet haben, belaufen sich nach den letzten Meldungen auf 150 Tote und 650 Verwundete. Es sind schon 144 Leichen geborgen worden. Die Ursache wird nach den neuesten Feststellungen in einem Kurzschluß im Munitionslager erblickt. Der Marineminister ist nach der Unfallstelle abgereist. Aus allen Teilen Italiens, sowie aus dem übrigen Italien sind Hilfs- expeditionen abgegangen.

Die Berliner Rinospieler wieder. Zwischen dem Hauptauschuß für das Rinospielgewerbe und dem Magistrat ist es zu einer endgültigen Verständigung gekommen. Die Berliner Rinospieler haben am Freitag den Betrieb wieder aufgenommen.

Der Bund vom grünen Bande. In Frankreich ist ein Bund vom grünen Bande gegründet worden, dessen Mitglieder unter diesem Abzeichen glücklicherweise in den Oesen der Erde einlaufen wollen. Dieser Bund hielt nun vor kurzem seine erste öffentliche Sitzung ab, und es waren zahlreiche Damen jeden Alters erschienen, um dieser feierlichen Vereinerung beizutreten. Wie der Vorsitzende über die einflussreichen Reden mittelste, wird der Bund bald, Teegesellschaften und Ausflüge veranstalten, bei denen seine Anhänger und Anhängerinnen die bestmögliche Gelegenheit haben, sich kennen zu lernen und sich zu nähern. Niemand ist gezwungen, seinen Namen anzugeben; aber jeder muß sich unter einer bestimmten Maske in die Bundeshölle

Es eintragen. Weicht dem Volk, das nach einem Wundschmerz...
...der Wundschmerz...
...der Wundschmerz...

Der Nordprozeß gegen die Geschwister...
...der Nordprozeß...
...der Nordprozeß...

Ein amerikanischer Postfachsekretär...
...ein amerikanischer...
...ein amerikanischer...

Das Schicksal einer Bürgermeisters...
...das Schicksal...
...das Schicksal...

Tiere als Schaupiel. Die moderne Tier...
...tiere als Schaupiel...
...tiere als Schaupiel...

Die Probe. Ein bekannter Berliner...
...die Probe...
...die Probe...

und erklärte, er könne seine Einwilligung nicht so ohne...
...und erklärte...
...und erklärte...

Amerikanisches Riesenspielzeug. Man neu...
...amerikanisches...
...amerikanisches...

Unsere Hausfrauen wünschen

die Bestellung des Miesler Tageblattes auf Monat Oktober...
...die Bestellung...
...die Bestellung...

Neueste Nachrichten und Telegramme

zur Lage im Orient.

Paris. Der „Temps“ schreibt zu der Lage im...
...paris. der „Temps“...
...paris. der „Temps“...

Die „Liberte“ schreibt: Donnerstag morgen...
...die „Liberte“...
...die „Liberte“...

Journal des Debats“ warnt die Türken von...
...journal des debats...
...journal des debats...

Athen. Der Präsident des revolutionären...
...athen. der präsident...
...athen. der präsident...

Einigung in der Wiener Metallindustrie...
...einigung in der...
...einigung in der...

Warum ist Ihre Nachbarin

immer so elegant gekleidet? Weil sie Ihre Kleider...
...immer so elegant...
...immer so elegant...

Bereinarbeitung angeht. Die Arbeitnehmer erklärten...
...bereinarbeitung...
...bereinarbeitung...

Dynamitanschläge in Bemberg...
...dynamitanschläge...
...dynamitanschläge...

Von der Tagung des Völkerbundes...
...von der tagung...
...von der tagung...

Seelenteufel in De Govre...
...seelenteufel...
...seelenteufel...

Die Dienstpflicht der Roten Armee...
...die dienstpflicht...
...die dienstpflicht...

Protest gegen die englische Orientpolitik...
...protest gegen...
...protest gegen...

Sport

Am die Stammeierkämpfe. Am Sonntag nachmittag...
...am die stammeierkämpfe...
...am die stammeierkämpfe...

Die 1. Elf des Schwaben...
...die 1. elf...
...die 1. elf...

Wie spart man Gas? Das Gas ist sehr teuer geworden...
...wie spart man gas...
...wie spart man gas...

Konditorei und Café Grube.
Morgen Sonntag von 1/4 Uhr an
Künstler-Konzert
gespielt von Geshw. Welfe.
Um recht regen Besuch bittet Otto Grube.

Hotel Stern

Sonntag, den 1. Oktober
große öffentl. Tanzmusik.
Hauskapelle unter persönlicher Leitung
des Herrn Obermusikmeisters a. D. Otto.
Allerneueste Tanzsäle.
Angenehmer Aufenthalt in der
Tanzdielen
Anfang 4 Uhr.
Ergebenst ladet ein O. Otto.

Café Promenade.
Morgen Sonntag Künstler-Konzert.

Gasthof Gröba.

Sonntag, den 1. Oktober
feine öffentl. Ballmusik.
Es ladet hierzu freundlich ein Paul Große.

„Admiral“ Bobersen.

Sonntag, den 1. Oktober
grosse Ballmusik
— Anfang 5 Uhr —
wozu freundlich einladet Rudolf Gähnelin.

Gasthof Pausitz.

Sonntag, den 1. Oktober
Ballmusik.
— Anfang 5 Uhr. —
Ergebenst ladet ein E. Gattendorff.

Gasthof Mergendorf.

Sonntag von 8 Uhr ab
großer öffentlicher Damenball
10 Uhr Herren-Neuauflage.
Um regen Besuch bittet Paul Röber.

Gasthof Gohlis.

Sonntag, 1. Oktbr.
feine Ballmusik,
Anfang 5 Uhr, wozu freundlich einladet H. Kunze.

Waldschlösschen Röderau.

Sonntag, 1. Oktober, von 4 Uhr an
starkbesetzte Ballmusik.
Hierzu ladet freundlich ein Alfred Jentsch.

Reichshof Zeithain.

Sonntag, 1. Oktober, von 5 Uhr an
große öffentl. Ballmusik.
Hierzu ladet freundlich ein Oskar Gäbler.

Gasthof Heyda.

Sonntag, den 1. Oktober
öffentl. Ballmusik.
Hierzu ladet freundlich ein O. Sommer.

Gasthof Nünchritz.

Sonntag, 1. Oktober, nachm. 5 Uhr
großes Mostfest und
feine Ballmusik.
ff. Zweifen und Getränke.
Most. Karpfen. Most.
Ergebenst ladet ein Max Renisch.

Nach Gottes unerforschlichem Ratsschluss
verchied heute morgen 8 Uhr nach schwerer
Krankheit unsere einlge gute
Ruth
im zarten Alter von 2 Jahren 2 Monaten.
In unsagbarem Schmerz
Arno Weidert und Frau,
Gröba, Schulstr. 5 II., 30. Sept. 1922.
Beerdigung findet Dienstag nachmittag
2 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Schützenhaus Riesa.
Morgen Sonntag
feine öffentl. Ballmusik.
— Anfang 4 Uhr. —

Vereinsnachrichten

Gastwirtsverein Riesa und Umgegend. Montag,
2. Oktober, nachm. 1/5 Uhr außerordentl. Ver-
sammlung beim Kollegen Müblich, Elbstrasse.
Riesa Preiskauf. Dienstag Versammlung Karpfen-
Deutsche demokratische Partei. Dienstag, 8. 10.
abends 1/8 Uhr Versamml. in „Stadt Dresden“.
Wegen Besprechung wichtiger Angelegenheiten ist
das Erscheinen aller Mitglieder dringl. erforderl.

Landfrankenkasse zu Gröba.

Krankmeldefcheine werden künftig nur gegen Vor-
lage einer Arbeitgeberbescheinigung ausgestellt.
Der Vorstand. B. Sara, Vors.

Dem geehrten Publikum
zur Kenntnis, daß wir
von Montag, 2. Oktober ab unsere
Geschäftsläden außer Sonnabends
abends 6 Uhr schließen.

Die Fleischer-Innung Riesa.

Arthur Brändel
Friedel Brändel geb. Barthel
Vermählte
Röderau, 30. 9. 1922.

Georg Klinger
Hulda Klinger
geb. Randler

zeigen ihre Vermählung an und danken
gleichzeitig für erwies. Aufmerksamkeit.
Heyda b. Riesa, 30. Septbr. 1922.

MAX ROITHNER
MARGARETHE ROITHNER
verw. gw. Weber geb. Groger
Vermählte
Riesa, 30. September 1922.

Curt Goldschmidt
Martha Goldschmidt geb. Sieler
Vermählte
Riesa, 30. September 1922.

Martha Frauendorf
Paul Wolf
— Verlobte —
Riesa Neu-Weiba, Riesa
1. Oktober 1922.

Gertrud Klar
Franz Wackwitz
grüßen als Verlobte
Riesa / Oktober 1922 / Gröba.

Juliane Büttner
Gustav Tepper
grüßen als Verlobte
Riesa, 1. Oktober 1922.

Die Verlobung ihrer Kinder
Elisabeth und Kurt
beehren sich hierdurch anzuzeigen

Franz Benlig und Frau
Hauptstraße 45
Alwin Plänitz und Frau
Bahnhofstraße 7.

Elisabeth Benlig
Kurt Plänitz
Verlobte.
Riesa, am 1. Oktbr. 1922.

Wettiner Hof Café Central
— Sonntag 4 Uhr — Sonntag 11—1 Uhr, 6—12 Uhr
Elite-Ball Künstler-Konzert
Um recht regen Zuspruch bittet W. Franke.

Kaffee-Haus



FINKE
im Lager Zeithain hält sich
Besuchern empfohlen.
ff. Kaffee u. Kuchen.

Warme und kalte Küche. — Weine und Liköre.
Arno Hofmann.

In der
Autowerkstatt Riesa

F. Böhm & Co. — Telefon 725 und 145
werden Reparaturen jeder Art an Automobilen,
Motorpflügen und Motorrädern zu schneller
und fachgemäßer Ausführung unter Garantie übernommen.

Spielvereinigung Riesa-Gröba e. B.

Au unserer am Sonntag, den 1. Oktober, im
Gasthof Jahnshäuten stattfindenden

Pokalweihe

laden wir alle Mitglieder, Freunde und Bekannte
beralich ein. Anfang 5 Uhr. Der Bekaudschuh.

Um die Liga-Meisterschaft

G. v. D. Chemnitz (Liga)
gegen Riesaer Sportverein (Liga).
B. M. B. B. Schw. Platz. Anfang 4 Uhr.

Sonntag, 1. Oktober, abends 8 Uhr
im Wilschonsaal, Hauptstraße 60,
Hofgebäude

Vortrag:
Unsere Zeit im Lichte der Bibel!
Freier Zutritt. Einlad. 1/8 Uhr.
Redner: Steintrüper.

Ausschneiden und aufheben!

Senden Sie Ihre Kanin-
felle an uns ein, wir
zahlen pro Stück bis
200 M. Alle Fellarten
— hohe Preise. —

Fellhandlung T. Kamerling & Sohn
Leipzig
Rich. Wagnerstraße 6.

Trotz Preiserhöhung ist
Gas wesentlich billiger

als Holz und Kohle.
Es kosten heute gegen früher:
Gas das 400fache (1 rm Wt. 2200 geg. Wt. 5. —)
Brikett „ 425 „ (1 Str. „ 280 „ „ 0.60)
Gas „ 150 „ (1 cbm „ 26 „ „ 0.16)
Darum:
Wer Gas verbraucht, wirtschaftet billiger und spart
obendrein die knappe und teure Kohle für den Winter.
Nach Einbau der Gash-Düsen spart man noch 16 %.

Böfelfässer

Weinfässer
empfehl
Böttcherei B. Jaupitz
Marktstraße. Fernruf 292.

Emaillieren

von Fahrradern und
Reparaturen
in eigener Werkstatt.
Zum Bullanieren
von defekten Auto-
Motorrad-, Fahrrad-
beden u. -Schläuchen
empfehlen uns.

Franz & Emil Müller

Fahrad- und
Nähmaschinen-Geschäft
Riesaerstr. Riesa
Tel. 606 Tel. 607.

Hausflurplatten

empfehl
Gehrmann,
Bismarckstr. Riesa

Achtung!
Ein großer Posten
Damen-Mäntel

eingetroffen und gibt es
stannend billig. Weisen ab
Karl Hofmann
Ein- und Verkaufsgeschäft
Gröba, Dammweg.
Telefon 670.

Mutenbesen

empfehl
Wihbach, Glanbich

Gasthof Zeithain

Sonntag, den 1. Oktober
von 4 Uhr an
öffentliche Ballmusik.

Gasthof Weida.

Sonntag, den 1. Oktober,
von 6 Uhr an
öffentliche Ballmusik.



Sächs. Landesbühne.
Leitung: Maximas Roné.
Hotel Höpfer.

Sonntag, 1. Okt., 1/8 Uhr
3. Vorstellung Reihe B
Der keusche
Lebemann
Schwank in 3 Akten von
Fry. Arnold u. Ernst Wach

Montag, 2. Oktbr., 8 Uhr
4. und letzte Vorstellung
Reihe A. Erstaufführung
Gespenster
Ein Familiendrama in
3 Akten v. Genrit Bölen.

Kartenverkauf b. Buch-
handlung Hoffmann,
Hauptstraße 36 u. a. d.
Theaterkasse 1 Stunde
vor Beginn. — Für die
Sonntag-Abend-Vor-
stellung findet Karten-
verkauf i. Hotel Höpfer
von 1/11—12 Uhr statt.

Freitag vormittag 1/12
Uhr entließ ruhig nach
schwerem Leiden unser
lieber Sohn

Hans.

Riesa. In tiefer Trauer
die Familie
fr. S. Martin Böllner.
Die Beerdigung erfolgt
Montag 1/1 Uhr.

Die heutige Kr. umfasst
3 Seiten.

Fernhaltung des türkischen Heeres von Europa.

Die Beratungen des britischen Kabinetts.

Das britische Kabinet hat gestern wieder eine zweistündige Sitzung ab, an der auch die Ozean-, Flotten- und Luftfahrtminister teilnahmen. Es war nicht ausgeschlossen, daß das Kabinet gestern noch eine zweite Konferenz abhielt. Wie mitgeteilt wird, ist die britische Regierung nach wie vor entschlossen, daß keine türkischen Truppen unter den gegenwärtigen Umständen über die Meerengen nach Europa gehen dürfen. Dieser Entschluß ist besonders angefaßt bei der in der letzten Konstantinopler Sitzung des Generals Maurice gemachten Äußerung, daß General Darrington mitgeteilt werden sollte, den Türken die Ueberfahrt über die Meerengen nach Thrakien zu erlauben unter der Bedingung, daß sie sich von der neutralen Zone zurückziehen. Es wird weiter berichtet, daß Tschanal auf jeden Fall verteidigt werden würde. Zwischen den britischen und türkischen Truppen ist bisher kein Schuß gefallen. Es wird betont, daß die Hauptpolitik Englands die ist, daß das türkische Heer bis zum Abschluß des Friedens von Europa ferngehalten werde, damit der Krieg nicht auf den Balkan übergriffe. Die britische Regierung hält zu ihrem Abkommen mit Frankreich und Italien und werde davon nicht abweichen, ohne sich mit den beiden Ländern zu verständigen. Zwei weitere Divisionen sind gestern nach dem Nahen Osten abgegangen. Weitere Unterseeboote und Zerstörer befinden sich auf dem Wege nach den Dardanellen.

Wie gemeldet wird, erklärt der australische Premierminister Hughes nach einer Sitzung des australischen Kabinetts, daß Australien im Weltkriege ein größeres Heer aufgestellt habe als die Türkei jetzt besitzt. Australien werde dies wieder tun, wenn die Notwendigkeit sich ergebe. Hughes erklärte, wenn es zum Krieg kommen sollte, werde England sich im Rechte befinden, selbst wenn es von allen Nationen allein gelassen werde.

„Daily Express“ zufolge führt der Besitzer des Blattes Lord Beaverbrook, der soeben aus dem Nahen Osten zurückgekehrt ist, die Verhandlung der Antwort Kemal darauf zurück, daß er mit Russland ein Abkommen abgeschlossen hat, das er mit England Rat pflegt; denn wenn Kemal die Konferenz mit den Alliierten annehme, ohne vorher Moskau zu befragen, könne er sich schließlich im Osten und Westen isoliert finden. Es sei sicher, daß der Nationalistenführer um den Einfluß Russlands in die Konferenz erfragen werde. Nach der Ansicht Lord Beaverbrooks würde es zweckmäßig sein, diesem Erfragen entgegenzutreten. Die Franzosen würden wahrscheinlich die Hauptgegner der Teilnahme der Bolschewiki sein, ihre Ansicht würde sich in diesem Punkte mit den Wünschen ihrer türkischen Freunde kreuzen.

Nach einer Davosmeldung aus Smirna verläutet, daß der französische Gesandte Franklin Bouillon Donnerstag an Bord des Kreuzers „Mog“ angekommen sei. Abends habe er eine Unterredung mit Mustafa Kemal Pascha gehabt, der der Premierminister, der Außen- und der Innenminister beimohnten. Franklin Bouillon wollte sich gestern mit Kemal nach Angora begeben.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Konstantinopel haben die türkischen Nationalisten jetzt ihre Besetzung der neutralen Zone am Südrand der Dardanellen völlig durchgeföhrt. Die gesamte Gegend mit Ausnahme von Tschanal sei besetzt. Die türkische Kavallerie sei durch Infanterie verdrängt und warte die weitere Entwicklung ab. Hamid Bey habe Donnerstag der alliierten Oberkommission erklärt, daß die Besetzung durchgeföhrt worden sei, bevor die alliierte Protektion der türkischen Befehlshaber ausgegangen sei. Schuld daran sei die Zerstörung der türkischen Nachrichtenverbindungen infolge der von den Griechen angegriffenen Verwühlungen. Die Nationalisten in Konstantinopel erklärten, sie rechneten bestimmt auf eine freundliche englische Regelung.

Neuer meldet aus Konstantinopel: Mustafa Kemal Pascha wiederholte in der Antwort auf die ihm vom General Pellat durch Admiral Dumesnil in Smirna wegen der neutralen Zone überlieferte Vorfrage seine Erklärung, daß er von dem Bestehen einer neutralen Zone nichts wisse. Kemal weist darauf hin, daß er aufrichtig wünsche, Zwischenfälle zu vermeiden, und regt die Zurückziehung der englischen Truppen an. General Darrington dankt in seiner Antwort an Kemal für die Versicherung, daß er Zwischenfälle zu vermeiden wünsche und regt eine Konferenz der britischen und türkischen Befehlshaber an zur Festlegung einer vorläufigen neutralen Zone. Unter dem gestrigen Datum meldet Neuter ferner aus Konstantinopel, Mustafa Kemal Pascha erklärte in seiner Antwort auf das Telegramm General Darringtons von Witmosch, daß keine Truppen nicht weiter vorrücken würden. Er wünsche keinen Zwischenfall und werde die erste Gelegenheit benutzen, mit General Darrington zusammenzutreffen. Neuter zufolge ist die Lage in Tschanal unverändert. „Daily News“ meldet aus Konstantinopel, daß die türkischen Streitkräfte in der neutralen Zone dauernd annehmen. Die Wehrmacht der türkischen Kavallerie ist zurückgezogen und durch Infanterie ersetzt worden. Die Türken stellen jetzt die gesamte Zone mit Ausnahme des Gebietes unterhalb der Linie Perkas (12 englische Meilen nordwestlich von Tschanal) — Terziler (10 englische Meilen südwestlich von Tschanal) bis zu einem Punkt zwei Meilen nördlich von Tschanal. Bisher haben keine Zusammenstöße stattgefunden. „Star“ zufolge bedeutet dies, daß die Türken mehr als die Hälfte der neutralen Zone an den Dardanellen besetzt haben und an der östlichen Küste der Meerengen sich sowohl auf dem nordwestlichen wie auf dem südwestlichen Ende befinden. Die Engländer halten im zentralen Teile ein Gebiet von etwa 20 englischen Meilen Länge und 10 englischen Meilen Tiefe besetzt.

Aus Angora wird gemeldet: Nach einem amtlichen Communiqué ist die militärische Besetzung des Bekens Kleinasien beendet.

Die Abdankung des Sultans wird bestätigt. Er hat das Ministerium bereits davon in Kenntnis gesetzt. Der Großwesir ist sofort mit Kemal Pascha Vertreter in Verbindung getreten. Kemal hat dem Ministerium geraten, die Abdankung im gegenwärtigen Augenblick nicht anzuzukennen, die Ereignisse aber auf eine solche Möglichkeit hin genau zu prüfen.

Der russisch-türkische Meerengenvertrag.

Der zwischen der Angoraregierung und Moskau abgeschlossene Vertrag über die Meerengen, den der Manchester Guardian soeben im Wortlaut veröffentlicht hat, ist eines der interessantesten politischen Dokumente der Gegenwart und zeigt in charakteristischer Weise die tiefgehende Umwälzung der politischen Lage, die in den letzten Jahren eingetreten ist. Es galt bisher für ein Dogma, daß sich England und die Türkei wegen der Meerengenfrage feindlich gegenüberstehen müßten, und in der Tat hatte das zaristische Russland den Erwerb Konstantinopels als einen dauernden politischen Grundbesatz proklamiert. Die Sowjetregierung hat es geschafft, sich den veränderten Zeitverhältnissen anzupassen und eine gemeinsame Plattform mit der benachbarten Türkei zur Befestigung Englands zu gewinnen. Gestern wird es den Moskauer Nachrichten nicht leicht gefallen sein, sich wenigstens vorläufig mit einem Verzicht auf die Meerengen abzufinden, aber sie haben offenbar dieses Opfer gebracht, um ihr größeres Ziel, nämlich die Befestigung Englands mit Hilfe der Türkei beim des Bolschewismus durchzuführen. In der Tat war die Bedrohung der englischen Weltbeherrschung noch nie so ernst wie gerade jetzt, wo sich den von England beherrschten Durchgang durch die Meerengen Russland und die Türkei und dahinter Frankreich entgegenstellen. Solange diese gemeinsame Gegnerschaft Russlands und der Türkei gegen England anbauert, wird auch das russisch-türkische Einvernehmen von Bestand bleiben, denn nichts einigt — wie haben es im Weltkriege zu unserem eigenen Schaden erfahren —, divergierende nationale Interessen so sehr, wie die gemeinsame Front gegen einen zu bekämpfenden Dritten. Wie sich die Dinge freilich später einmal entwickeln werden, ist eine andere Frage: Eine dauernde friedliche Lösung des russisch-türkischen Meerengenkonflikts dürfte niemandem wahrscheinlich erscheinen, der die menschliche Begehrlichkeit kennt.

sein, sich wenigstens vorläufig mit einem Verzicht auf die Meerengen abzufinden, aber sie haben offenbar dieses Opfer gebracht, um ihr größeres Ziel, nämlich die Befestigung Englands mit Hilfe der Türkei beim des Bolschewismus durchzuführen. In der Tat war die Bedrohung der englischen Weltbeherrschung noch nie so ernst wie gerade jetzt, wo sich den von England beherrschten Durchgang durch die Meerengen Russland und die Türkei und dahinter Frankreich entgegenstellen. Solange diese gemeinsame Gegnerschaft Russlands und der Türkei gegen England anbauert, wird auch das russisch-türkische Einvernehmen von Bestand bleiben, denn nichts einigt — wie haben es im Weltkriege zu unserem eigenen Schaden erfahren —, divergierende nationale Interessen so sehr, wie die gemeinsame Front gegen einen zu bekämpfenden Dritten. Wie sich die Dinge freilich später einmal entwickeln werden, ist eine andere Frage: Eine dauernde friedliche Lösung des russisch-türkischen Meerengenkonflikts dürfte niemandem wahrscheinlich erscheinen, der die menschliche Begehrlichkeit kennt.

Die Revolution in Griechenland.

Von griechischen westlichen Kreisen in Paris wird die Meldung von einer Verhaftung König Konstantin dememert. Nach einer Davosmeldung aus Athen hat sich das revolutionäre Komitee noch nicht über die Abreise König Konstantin ausgesprochen. Er ist nicht Gefangener.

Nach einer Meldung der Agence d'Athènes fanden beim Einzug der Truppen in Athen diversifizierte Rundgebungen der Bevölkerung statt. Besonders eindrucksvoll gestalteten sich die Rundgebungen vor dem Gebäude der Gesandtschaften der Entente und der Vereinigten Staaten.

Der griechische Kronprinz hat vor dem Rat der zurückgetretenen Minister am Donnerstag nachmittags unter dem Namen Georg der Zweite den Eid geleistet.

Das aus den Obersten Bonafas, Vassilios und dem Kapitän Phokas bestehende provisorische Revolutionskomitee erläßt folgende Erklärung an das griechische Volk: Nachdem eine Verhandlung mit der zurückgetretenen Regierung Triantaphilosos erzielt ist, wird das provisorische Revolutionskomitee sobald wie möglich die Regierungsgewalt übernehmen. Bis jetzt hat das Komitee bei seiner Bemühung, die Ordnung aufrechtzuerhalten und alle Bürger ohne Ausnahme zu schützen, auf die Vaterlandsliebe der Griechen und auf das eifrige Beharren des Volkes gezählt, sich verständig zu zeigen. Unruhestifter, welcher Partei sie auch angehören, werden exemplarisch bestraft werden.

Nach einer Davosmeldung aus Athen sind die Minister des ehemaligen Kabinetts Gumaris Stratos, Protepapalakis, Gudas und Theofanis festgenommen worden. Die öffentliche Meinung macht sie für die Vorgänge in Kleinasien verantwortlich und verlangt ihre Verurteilung.

Davos bestätigt, daß Benizelos gestern nachmittags in Paris eingetroffen ist. Benizelos erhielt folgendes Telegramm: „Der revolutionäre Ausschuss spricht Ihnen sein ganzes Vertrauen aus, um Ihnen die Verteidigung der nationalen Sache zu übertragen, und erucht um Ihre sofortige Mithilfe.“ Das Telegramm ist von fünf Obersten und von fünf Oberleutnants unterzeichnet. — Der frühere Oberbefehlshaber der griechischen Armeen unter Benizelos, General Veradeteropoulos, der sich in Paris aufhält, hat einem Berichterstatter des „Renouveau Democrat“ erklärt: Was wir in Griechenland brauchen, ist eine Republik, wie Sie sie in Amerika haben. Das griechische Volk will sich nie damit zufrieden geben, von Ausländern regiert zu werden.

Die Lohnregelung für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirk.

Im Reichsarbeitsministerium sind gestern unter dem Vorsitz des preussischen Staatsministers Seegering Schiedsverhandlungen über die Lohnregelung für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirk statt. Der Schiedsgerichtsausschuss fällt einen einstimmigen Schiedspruch, der für die Bergarbeiter des Ruhrbezirkens eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 150 Mark je Mann und Schicht mit Wirkung vom 1. Oktober vorsteht. In dieser Lohnzulage ist eine Erhöhung der sozialen Zulage auf je 20 Mark einbezogen. Ueber die Annahme des Schiedspruches haben sich die Parteien bis zum 8. Oktober zu erklären.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund zur Wirtschaftslage.

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sah in seiner Sitzung vom 29. September eine Entschärfung zur Wirtschaftslage, in der eine Milderung der Wirtschaftspolitik in Richtung zur Gemeinwirtschaft gefordert wird. Eine zweite Entschärfung wendet sich gegen die Konsumrisiken in Wirtschaften und stellt fest, daß der von der kommunistischen Partei geforderte Reichsbetriebsratelockergang lediglich kommunistischen Parteizwecken dienen soll.

Die Diskontierung der deutschen Schatzwechsel.

Der Brüsseler Korrespondent des „Temps“ meldet, es verlange, daß die belgische Regierung die auf die Diskontierung der sechsmonatigen deutschen Schatzwechsel bezüglichen Maßnahmen zu einem befriedigenden Ergebnis geföhrt habe. Die am 15. August und 15. September fällig gewordenen 100 Millionen Goldmark, die in 10 Wechsel eingeteilt sind, sollen von verschiedenen englischen, amerikanischen und Schweizer Banken diskontiert werden. Die Namen der Institute und der Diskonttag sind noch nicht bekannt.

Graf Brodorsky-Hankau Botschafter in Moskau.

W.T.V. meldet: Wie wir hören, ist Graf Brodorsky-Hankau als Botschafter in Moskau in Aussicht genommen. Er dürfte seinen Posten im Laufe des Oktober antreten.

Die 4. Internationale Arbeitskonferenz.

tritt am 18. Oktober in Genf zusammen. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Usnanderungsfragen, Reform des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts, Revision des auf die Arbeitsorganisation bezüglichen Abschnitts 13 des Friedensvertrags im Hinblick auf die stärkere Vertretung außereuropäischer Staaten im Verwaltungsrat, der gegenwärtige Stand der Ratifikation der verschiedenen Abkommen durch die Parlamente, darunter vor allem des Abkommens über den Achtstundentag. Außerdem werden die Arbeitslosenfragen, die das Internationale Arbeitsamt bei der Arbeitskonferenz von 1921 und der Genuever Konferenz eingehend besprochen hat, im Laufe der Debatte eine besondere Rolle spielen. Auf der Konferenz werden die Regierungen, die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer von 50 Staaten vertreten sein.

Erinnerungen Wilhelms II.

Im Anschluß an den gestern erfolgten Abdruck aus dem Kapitel „Bismard“ geben wir heute einen Auschnitt aus dem Kapitel „Hohenlohe“ des Ende Oktober im Buchhandel erscheinenden Werkes wieder. Er bringt wichtige Aufschlüsse über die politische Vorgeschichte des Krieges. Weitere Abschnitte hoffen wir Mitte Oktober veröffentlichen zu können.

Copyright 1922 by the Maalure Newspaper-Syndicate. Publication and Translation Rights Reserved, Including Scandinavian. Reproduction in Whole or in Part Without Permission Prohibited.

Die Erwerbung Kiautschou.

Bei der Erwerbung von Tsingtau hat Fürst Hohenlohe besonderen Anteil genommen. Auch er war der Ansicht, daß Deutschland für seine Schiffe notwendig eigene Kohlenstationen brauche, und daß das Drängen der Handelskreise, die Gelegenheit der Ausschließung Chinas für den internationalen Handel nicht vorübergehen zu lassen, berechtigt sei. Es sollte unter Wahrung der chinesischen Reichshoheit und Bezahlung des Zinses ein Handelsvertrag mit maritimer Kohlenstation als Schutz gegründet werden, wobei China die größtmögliche Mitwirkung zugesagt war. Die Station sollte vor allem dem Handel zugute kommen, der militärische Teil nur dem Schutz für die Entwicklung der Handelsstadt gewähren, nicht aber Selbstherrschaft oder Basis für weitergehende militärische Unternehmungen werden.

Es waren schon verschiedene Fälle ins Auge gefaßt worden, die sich aber bei näherer Betrachtung als nicht geeignet erwiesen, zum Teil, weil sie schlechte oder gar keine Verbindung mit dem Hinterland boten, handelspolitisch nicht ausdehnbar und nicht frei von fremden Vorrechten waren. Auf Grund der Berichte des Admirals Tirpitz, der damals Chef der ostasiatischen Kreuzerdivision war, und des Urteils des Geographen Freiherrn v. Richthofen, der auf eine Anfrage hin ein vielversprechendes Bild der Entwicklungsmöglichkeit in Schantung gegeben hatte, einigte man sich schließlich auf die Gründung einer Niederlassung in der Bucht von Kiautschou.

Es wurden nun seitens des Kanzlers Orientierungen eingegeben über die politischen Fragen, die dabei auftauchten und zu berücksichtigen waren. Insbesondere galt es, Russland nicht in die Quere zu kommen oder zu stören. Auch bei unserer ostasiatischen Division wurden weitere Erfindungen angeordnet. Von ihr liefen gute Meldungen ein über Anfergrund und Eisfreiheit der Bucht von Kiautschou und über die Aussichten eines etwa dort zu gründenden Hafens. Bei dem Verkehr mit der russischen Chinesen Division war aus Gesprächen der Führer miteinander bekannt geworden, daß der russische Admiral auf Befehl seiner Regierung einen Winter in der Bucht geantert, diese aber so öde und entsehtlich einsam gefunden habe — es gab keine Teehäuser und japanischen Geiseln, die von den Russen als für den Winteraufenthalt unbedingt nötig angesehen wurden —, daß das russische Geschwader niemals wieder dortin gehen werde. Auch habe der russische Admiral seiner Regierung auf das dringende adgeraten, die Idee, sich in dieser Bucht festzusetzen, weiter zu verfolgen, weil dort absolut nichts zu holen sei. Also die Russen hätten dort keine Absichten.

Diese letzte Auskunft traf ziemlich gleichzeitig mit der Antwort des russischen Außenministers Grafen Murawiew an den deutschen Botschafter auf die vom Kanzler verlangten Sondierungen ein. Murawiew ließ wissen, Russland habe zwar keine direkten vertraglichen Ansprüche auf die Bucht durch Abkommen mit China, es erbehe jedoch Anspruch auf Grund des „droit du premier mouillage“ (Recht der ersten Ankerung), weil die russischen Schiffe dort an allererst vor anderen Flotten geankert hätten. Diese Antwort stand also im Gegensatz zu dem Bericht unserer ostasiatischen Division über die Neugierungen des russischen Admirals.

Als ich mit Dollmann beim Kanzler zusammen kam, um diese Antwort zu diskutieren, beauftragte der Fürst deren Verlesung mit seinem ironischen Lächeln und fügte sofort hinzu, er habe im Auswärtigen Amt keinen Juristen finden können, der ihm über diese wunderliche Behauptung hätte Auskunft erteilen können; ob die Marine vielleicht dazu in der Lage sei? Admiral Dollmann erklärte auf Grund seiner Erfahrung im Auslandsdienst, daß er niemals etwas davon gehört habe; das sei Unfuss und eine Erfindung Murawiew's, der nur nicht wolle, daß ein anderes Volk sich dort etabliere. Ich empfahl, um die Frage zu klären, den damals noch lebenden berühmtesten Kenner des internationalen Seerechts, Geheimen Admiralsratsrat Perels, eine anerkannte Autorität auf diesem Gebiet, zu einem Gutachten aufzufordern. Das geschah. Das Gutachten lautete vernichtend für Murawiew's Ansicht, bekräftigte die Dollmanns und räumte mit der Legende vom „droit du premier mouillage“ gründlich auf.

So gingen die Monate hin, und mein Besuch in Peterhof im August 1897 stand bevor. In Uebereinstimmung mit dem kaiserlichen Uebem beschloß ich, mit dem Baron persönlich und offen die ganze Frage zu besprechen, und wenn möglich den Murawiew'schen Notizen und Ausfähten ein Ende zu bereiten. Die Aussprache fand in Peterhof statt. Der Zar erklärte, er habe an den Landesteilen südlich der Anie Tientfin-Befestigung kein Interesse, also sei kein Grund für ihn vorhanden, und in Schantung Hindernisse zu bereiten. Sein Interesse konzentrierte sich auf die Landesteile am Jalu, Port Arthur usw., nachdem die Engländer ihm in Wolfo Schwierigkeiten gemacht hätten. Er werde sich sogar freuen, wenn Deutschland in Zukunft auf der andern Seite des Golfes von Tschili als Russlands gern gesehener Nachbar erscheine. Nachher hatte ich ein Gespräch mit Murawiew. Er wandte alle seine Tricks an, drehte und wendete sich und brachte endlich sein berühmtes „droit du premier mouillage“ vor. Ich hatte bloß auf diesen Augenblick gewartet und ging nun meinerseits zur Offensive über, indem ich ihm gründlich mit dem Perelschen Gutachten zu Leibe rückte. Als ich ihm schließlich, wie der Zar es gewünscht hatte, das Ergebnis des Gesprächs der beiden Souveräne mitteilte, wurde der Diplomat noch mehr betreten, verlor seine gekünstelte Ruhe und kapituliert.

So war der Boden politisch vorbereitet. Im Herbst kam die Nachricht des Bischofs Anzer über die Ermordung der beiden deutschen katholischen Missionare in Schantung. Die ganze deutsche katholische Welt, besonders die „Kolonialen“ in der Zentrumspartei, verlangte energische Maßnahmen. Der Kanzler schlug mir sofortiges Einschreiten vor. Auf der Winterjagd in Pöhlingsen verriet ich in einem der kleinen Räume des Schlosses mit ihm die zu ergreifenden Schritte. Der Fürst machte den Vorschlag, den anwesenden Prinzen Heinrich von Preussen mit dem Kommando des zur Verstärkung der ostasiatischen Division hinausgehenden Geschwaders zu betrauen. Ich machte meinem Bruder hiervon in Gegenwart des Kanzlers Mitteilung. Der Prinz und die anwesenden Herren waren hocherfreut. Der Kanzler sandte die Mitteilung an das auswärtige Amt und an den auf Reisen befindlichen neuen Staatssekretär des Auswärtigen, Herrn v. Bülow.

Im November 1897 wurde Kiautschou besetzt. Im Dezember des Jahres 1897 ging Prinz Heinrich mit seiner Division an Bord der „Deutschland“ nach Ostasien hinaus, wo er später das Kommando über das gesamte ostasiatische

Welschmader übernahm. Am 8. März 1908 wurde der Vertrag über Kiau-Tschou mit China unterzeichnet. Zur selben Zeit reiste Dr. Chamberlain in London beim japanischen Gesandten Baron Kato den Gedanken des Abschlusses eines englisch-japanischen Bündnisses an, um dem Vordringen Russlands im Osten einen Riegel vorzuschieben.

Man wird naturgemäß fragen, warum bei unserem Vorgehen nicht auch von England die Rede ist, das doch wesentlich daran interessiert war. Aber ein Vorspiel mit England war bereits vorausgegangen. Ich hatte, um dem Mangel an deutschen Kolonialstationen abzuhelfen, die Absicht gehabt, solche möglichst im Einverständnis mit England zu gründen, zu pachten oder käuflich zu erwerben. Da mein Onkel der Kaiser, als Hohenzollern ein Verwandter der Königin Viktoria, Ihrer Majestät von früher her persönlich bekannt und von ihr sehr geschätzt war, so erhoffte ich, dass ich durch sie in den Verhandlungen, die zu dem erwähnten Zweck mit der englischen Regierung geführt wurden, diese Öffnung erwies sich als tragisch. Die Verhandlungen zogen sich in die Länge, ohne Aussicht auf erfolgreichen Abschluss zu bieten.

Ich nahm daher auf Wunsch des Kaisers Veranlassung, die Angelegenheit mit dem englischen Botschafter in Berlin durchzusprechen. Ich beklagte mich über die Behandlung seitens der englischen Regierung, die sich überall selbst den berechtigtesten deutschen Wünschen entgegenstellte. Der Botschafter gab dies unumwunden zu und äußerte sein Erstaunen darüber, dass man in England so wenig entgegenkommend und so kurzschichtig sei. Denn wenn eine junge aufstrebende Nation wie Deutschland, deren Entwicklung doch nicht aufzuhalten sei, hat frühzeitig zuzugreifen oder sich mit andern Nationen zu verbinden, sich direkt an England wende, um mit dessen Einverständnis Erwerbungen vorzunehmen, so sei das eigentlich schon mehr, als England verlangen könne. Und, da England fast schon die ganze Welt beherrsche, könne es doch wohl eine Stelle finden, wo es Deutschland gestatte, sich eine Station zu etablieren. Er verfiel die Herren in Downingstreet nicht. Wenn Deutschland die Anlagen nicht mit Englands Beistand erhalte, werde es sich voraussichtlich selbständig geeignete Stellen nehmen, denn irgendein Recht, es daran zu hindern, gäbe es schließlich nicht.

Ich betonte, dass dies durchaus meine Auffassung sei, und fasste zum Schluss dem Botschafter gegenüber meinen Standpunkt nochmals dahin zusammen: Deutschland sei das einzige Land der Welt, das trotz seinem Kolonialbesitz und seinem sich rasant ausdehnenden Handel noch keine Kolonialstationen habe. Wir wollten solche gern im Einverständnis mit England erwerben. Wollte sich England, Verhältniss für unsere Lage und Entgegenkommen zu zeigen, so müssten wir uns an eine andere Großmacht wenden, um mit deren Hilfe Niederlassungen zu gründen. Auch dieses Gespräch nützte nichts. Schließlich wurden die Verhandlungen von England in ziemlich unförmlicher Form ohne Resultat abgebrochen. Daraufhin entschlossen sich der Kaiser und ich, uns an Russland zu wenden.

Die Delegation von Kiau-Tschou löste bei der englischen Regierung Ueberraschung und Herzer aus. Sie hatte bei ihrer Ablehnung bestimmt darauf gerechnet, dass niemand Deutschland zum Ziele helfen werde. Nun war es anders gekommen, und Rekrutierungen aus London blieben nicht aus. Als der englische Botschafter diesen Ausbruch verließ, wurde er auf das Gespräch mit mir hingewiesen, und es wurde ihm klar gemacht, dass es allein die Schuld seiner Regierung war, wenn es zu keinem Arrangement mit Deutschland gekommen sei.

Die ablehnende Haltung Englands hat uns damals bekränzt. Ein Vorwand, der mir zu jener Zeit noch nicht bekannt gewesen ist, dürfte geeignet sein, jetzt Licht in die Angelegenheit zu bringen. In einer Publikation *The Problem of Japan**, die im Jahre 1918 anonym im Haag erschienen ist und von einem „Experten“ aus dem fernsten Osten“ geschrieben sein soll, wird ein Auszug aus einem Werke des Professors der Geschichte an der Washington-Universität in St. Louis, Roland Usher, veröffentlicht. Usher ist, ebenso wie sein früherer Kollege, Professor John Bassett Moore von der Columbia-Universität in New York, des öfteren vom State Department in Washington als Ratgeber auf dem Gebiete auswärtiger Beziehungen herangezogen worden, da er wie wenige Männer in Amerika eine eingehende Kenntnis der internationalen Fragen, die auf die Vereinigten Staaten Bezug haben, besitzt. Professor Usher hat in seinem 1918 erschienenen Werke zum ersten Male das Vorhandensein und den Inhalt eines „Agreement“ oder „Treaty“ (Abkommen oder Vertrag) geheimer Natur zwischen England, Amerika und Frankreich aus dem Frühjahr 1897 bekannt gemacht. In diesem Abkommen war verhandelt, dass, falls Deutschland oder Oesterreich oder beide einen Krieg um das „Pangermanismus“ (Weldtschismus) vollen beginnen würden, die Vereinigten Staaten sich sofort für England und Frankreich erklären und alle Kräfte aufbieten sollten, diesen beiden Mächten beizustehen. Professor

* Deutsche Ausgabe: „Das Problem Japans.“ Leipzig 1920 (R. F. Koehler).

Usher führt des längeren alle Gründe, auch kolonialer Natur an, die es für die Vereinigten Staaten zwingend machten, sich unbedingt auf Seiten Englands und Frankreichs an einem Kriege gegen Deutschland zu beteiligen, den Professor Usher 1918 als bald bevorstehend voraussagt!

Der ungenannte Verfasser von *The Problem of Japan* hat sich der Mühe unterzogen, die Abmachungen zwischen England, Frankreich und Amerika von 1897 tabellarisch zu rubrizieren und dadurch das Maß der gegenseitigen Verpflichtungen in greifbarer Gestalt darzulegen. Das Kapitel** ist außerordentlich lesenswert und gibt einen guten Einblick in die Vorgeschichte und die Vorbereitung des Weltkrieges seitens der „Entente“, die sich damals schon gegen Deutschland vereinigte, wenn sie auch noch nicht unter dem Namen Entente cordiale auftrat. Der Experte bemerkt hierzu: „Hier hat man einen Vertrag, von dem Professor Usher behauptet, er sei schon Anno 1897 geschlossen worden, in welchem jede Phase der Anteilnahme und Betätigung Englands, Frankreichs und Amerikas bei zukünftigen Ereignissen schon vorgezeichnet ist, einschließlich der Eroberung der spanischen Kolonien, der Kontrolle über Mexiko und Zentralamerika, der Lösung Chinas und der Annexion von Kolonialstationen. Professor Usher will uns nun glauben machen, dass alle diese Maßnahmen getroffen wurden, um die Welt vor dem „Pangermanismus“ zu schützen.“ „Es ist überflüssig“, führt der Experte fort, „Professor Usher daran zu erinnern, dass, wenn wir wirklich annehmen wollen, dass das Wesen des „Pangermanismus“ überhaupt existiert, doch 1897 bestimmt noch niemand etwas davon gehört hätte — denn zu dieser Zeit hatte Deutschland noch nicht einmal sein großes Flottenprogramm aufgestellt, das überhaupt erst 1898 verkündet wurde. Wenn es also wahr ist, dass England, Frankreich und die Vereinigten Staaten die gemeinsamen Pläne begien, die Professor Usher ihnen nachsagt, und dass sie ein Bündnis zu deren Durchführung schlossen, so wird es kaum angehen, die Konzeption zu diesem Zweck und den Antriebe zu seiner Durchführung einem so schwachen Vorwand wie dem Aufkommen des „Pangermanismus“ zuzuschreiben.“ Soweit der Experte.

Man muß kaum. Ein direkter Aufstellungsvertrag gegen Spanien, Deutschland usw. wird von Gallien und Angehörigen im tiefsten Frieden bis in die Details geregelt, abgeschlossen, ohne jede Bewusstseins, zum Zwecke Deutschlands Oesterreich zu zertrümmern und ihre Konkurrenz vom Weltmarkt auszuschließen! 17 Jahre vor Beginn des Weltkrieges ist dieser Vertrag von den vereinigten Anglo-Angelsachsen geschlossen und sein Ziel systematisch durch diese ganze Zeitspanne hindurch vorbereitet worden! Nun begründet man auf die Leichtgläubigkeit, mit der König Edward VII. seine Einseitigkeitspolitik betrieb, dass die Hauptakteure waren schon lange einig und bereit. Als er den Pakt „Entente cordiale“ taufte, war diese Erscheinung für die Welt, zumal für die deutsche, ein unangenehmes Novum, für drüber war es nur die offizielle Anerkennung der dort längst bekannten Tatsachen.

Angeht dieses Agreement verheißt man nun auch den Widerstand Englands im Jahre 1897 gegen ein Abkommen mit Deutschland über Kolonialstationen und den Kerger darüber, dass es Deutschland mit russischem Einverständnis gelungen war, festes Fuß in China zu fassen, über dessen Ausdehnung ohne Deutschlands Zustimmung man sich eben zu dem Zeitpunkt nicht hatte. Usher hat aus der Schule gelaudert und schlagend bewiesen, bei wem die Schuld am Weltkrieg wirklich liegt. Es ist der gegen Deutschland gerichtete Vertrag — „Gentleman's agreement“ zuweilen genannt — vom Frühjahr 1897, der die Grundlage, den Ausgangspunkt bildet und von den Entente-Ländern durch 17 Jahre systematisch ausgebildet wurde. Als es ihnen gelungen war, auch Russland und Japan für sich zu gewinnen, schlugen sie los, nachdem Serbien den Nord von Sarajewo inszeniert und damit die Lunte in das sorgfältig gefüllte Pulverfaß geschleudert hatte.

Professor Usher's Mittelungen bedeuten aber auch eine glatte Abfertigung für alle die Leute, die während des Krieges in einzelnen militärischen Handlungen seitens Deutschlands, wie z. B. dem Ostasienfall, der Verstärkung des U-Bootkrieges usw., den Grund für die Teilnahme der Vereinigten Staaten am Kriege suchen zu müssen glaubten. Nichts von alledem ist richtig. Das längst ersichene vortreffliche Buch von John Kenneth Turner *„Ball it be again?“* weist auf Grund überzeugenden Beweismaterials nach, dass Wilsons angebliche Kriegsgründe und -ziele nicht die wirklichen gewesen sind. Amerika — oder richtiger sein Präsident Wilson — war wohl von Anfang an, jedenfalls seit 1915, entschlossen, gegen Deutschland Stellung zu nehmen und zu fechten. Das letztere tat es unter dem Vorwand des U-Bootkrieges, in Wirklichkeit unter dem Einfluss mächtiger Finanzgruppen und auf das Drängen und Hinten seines Partners Frankreich, dessen Beweismaterial sich mehr und mehr erschöpfte. Amerika wollte das geschwächte Frankreich nicht allein mit England lassen, dessen Annexionsgelüste auf Calais, Dünkirchen usw. ihm wohlbekannt waren.

** In der deutschen Ausgabe S. 91—106.

Die Verhandlungen über die Grundgründer.

Die Verhandlungen über die Erhöhung der Grundgründer der Beamten sind am 29. September im Reichsfinanzministerium fortgesetzt worden und werden am 2. Oktober vormittags weitergeführt werden.

Der Finanzausgleich.

Das Reichsfinanzministerium hat dem Reichswirtschaftsrat einen neuen Entwurf zum Bundeshaushalt vorgelegt, der den neuen Finanzansatz zwischen dem Reich, den Ländern und den Gemeinden herbeiführen soll. Der Entwurf gewährt den Ländern und Gemeinden eine stärkere Beteiligung an den Reichsteuereinzügen. Zunächst soll die Umsatzsteuer von 2 Prozent auf 2 1/2 Prozent erhöht werden; von ihren Erträgen erhalten die Länder 10 Prozent, die Gemeinden 20 Prozent (bisher 5 Prozent). Aus der Einkommensteuer erhalten Länder und Gemeinden Dreiviertel (bisher Zweidrittel) des Ertrages, also 4,5 Milliarden, aus der Körperschaftsteuer 4,5 Milliarden, die ganze Grunderwerbsteuer mit 800 Millionen, die volle Steuer für Kraftfahrzeuge und Reuweitern mit 450 Millionen wird den Ländern zugeteilt. Den Gemeinden wird ferner gestattet, Ortsteuern zu erheben für Getränke und für Schankverkehr und für das Halten von Vieh.

Die französische Delegation auf der Nowgoroder Messe.

Die „Iswestija“ berichtet über den eintägigen Besuch der Nowgoroder Messe durch die französische Delegation Corriots, dem sich der Bevollmächtigte des französischen Roten Kreuzes de Lagrange und der Korrespondent des Temps, Molain, angeschlossen hatten. Der Empfang war sehr freundlich, Herr Corriots wurde am Bahnhof vom Vorsitzenden des Jahrmarktkomitees Malpichem, den Vertretern der Kaufmannschaft und der Verwaltungsbehörden empfangen. Herr Corriots gab der „Iswestija“ ein Interview, in dem er ausführte, ein großer Teil des französischen Volkes suche Annäherung an Russland, wenn auch zunächst nur wirtschaftspolitisch. Die Umfahrtsliste der Nowgoroder Messe werde in Frankreich als Beweis des Aufstrebens Russlands so weit wie möglich verbreitet und sich für die Verbindung der Nowgoroder mit der Wponer Messe einsetzen. Er könne garantieren, dass die französische Regierung dieser freundschaftlichen Annäherung keine Schwierigkeiten machen werde. Ein greifbarer Beweis hierfür sei, dass die Wponer Kaufmannschaft für die Nowgoroder Messe 1923 durch ihn Platz gemietet habe. Er habe bereits nach Wpon gefunkt, dass ein französisch-russisches wirtschaftliches Zusammenarbeiten alle Aussichten für sich habe.

Die extremen Bolschewiken gegen das Urquhart-Abkommen.

„Manchester Guardian“ berichtet, dass in London Meldungen eingetroffen sind, wonach die Extremen unter den Bolschewiken einen großen Kampf gegen die Ratifikation des zwischen Krasin und Urquhart abgeschlossenen Vertrages durch die Sowjetregierung unternehmen. Denn wird eine Konferenz zur Erörterung dieses Abkommens einberufen, so wird sich die Bolschewiken in der Konferenz nicht beteiligen. Die Extremisten sind jedoch nicht bereit, sich gegen das Abkommen, Sinowjew, der sonst der Führer der Extremisten war, ist beispielsweise für die Ratifikation.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die 27. Hauptversammlung des Bundes deutscher Bodenerformer, zu der sich über 800 Personen aus allen Teilen Deutschlands eingefunden haben, wurde am Freitag in Karlsruhe mit einer Ansprache des Vorsitzenden Dr. Damalsche eröffnet.

Luftpostdienst Königsberg — Moskau. Wegen allgemeiner Einstellung des regelmäßigen Luftverkehrs am 30. September endet zu diesem Zeitpunkt bis auf Weiteres auch der Luftpostdienst. Nur die stark benutzte Linie auf der Linie Königsberg (Pr.) — Smolensk — Moskau wird weiter verkehren, da der Flugbetrieb auf dieser Linie, soweit möglich, auch im Winter aufrechterhalten werden soll. Die Flüge finden in beiden Richtungen jeden Dienstag und Freitag statt.

Die Zuckererzeugung. Der wirtschaftspolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat das Gutachten des Unterausschusses für Landwirtschaft und Ernährung vom 22. September 1922 über den Entwurf einer Verordnung über den Verkehr mit Zucker im Vertriebsjahre 1922/23 mit der Venerberung beauftragt, dass die Proquote von 1 Kilogramm Verbrauchs Zucker zunächst auf 1 1/2 Kilogramm erhöht werden soll.

Die Not der Presse. Im preussischen Landtage ist ein Antrag desentrums eingegangen, der das Staatsministerium ersucht, dem Landtage alsbald Vorschläge zu

Getäuschte Hoffnungen.

Roman von Oswald Aug. König. 55

„Ich weiß nicht, was Sie damit sagen wollen“, erwiderte Paul, ohne vor dem Blick des alten Herrn die Augen niederzuschlagen. „Wintrop war der Freund Kurts, ich habe ihn nie einer Schlichtigkeit für fähig gehalten.“

„Ich hege über diesen Punkt meine besonderen Vermutungen“, sagte der alte Herr, „nur so kann ich mir das Rätsel mit den getäuschten Worten erklären. Wissen Sie, wo Wintrop augenblicklich sich befindet?“

„Nein.“

„Nun, ich hoffe ihn zu finden“, fuhr der Doktor fort, „denn ich glaube an die Versicherung Ihres Herrn Bruders, der auf mich nicht den Eindruck eines Schuldbeladenen macht.“

„Sie wollten eine Bitte an mich richten?“ fragte Paul, dessen Brauen sich zusammengezogen hatten.

„Ja, ich wünsche Ihren Bruder mit Ihrem Vater anzuschließen, und ich glaube, das würde mir leichter werden, wenn Sie mich dabei unterstützen wollten.“

„Ich werde in keiner Weise Ihrer Absicht entgegenzutreten, aber eine Unterstützung oder Vermittlung dürfen Sie von mir nicht erwarten“, antwortete der Baron in einem noch immer höflichen, aber sehr bestimmten Tone. „Nur mag damals aus Versehen so gehandelt haben, das aber entschuldigt ihn nicht, seine Schuld steht fest. Er hat den Namen unserer Familie geschändet, und das wird mein Vater ihm niemals verzeihen. Ich rate Ihnen, sich die Mühe zu ersparen, die Antwort, die Sie erhalten, wird Ihnen sicherlich nicht gefallen.“

„So rasch entsetzt das Waterberg der Hoffnungen nicht, dem Rinde, das einmal gefehlt hat, verzeihen zu dürfen“, erwiderte der Doktor, „ich kann und will nicht glauben, dass die Liebe zu dem Sohne ganz im Herzen Ihres Vaters erloschen ist.“

„Ich geht die Ehre über alles, Herr Doktor! Das Offizierskorps hat Kurt mit Schimpf und Schande ausgestoßen, ich kann es meinem Vater nicht abelnahmen, wenn er nach solchem Anteil den Entzehrten nicht mehr als seinen Sohn anzuerkennen will. Daher ist in der Nacht Kurts gewesen, ich

hätte nicht gewagt, meinem Vater oder überhaupt einem Menschen wieder vor die Augen zu treten, das Grab würde sich noch an demselben Tage über meiner Schande geschlossen haben. Ich bedauere meinen Bruder, er hätte keinesfalls zurückkommen dürfen, er müsste drüben bleiben, bis —“

„Herr Baron, das alles ist leicht gesagt“, fiel der alte Herr ihm unwillig in Wort. „Wäre Ihr Bruder schuldig gewesen, so würde er seinem Leben wahrscheinlich ein Ende gemacht haben; das er es nicht tat, beweist mir seine Schuldlosigkeit. Und die Hoffnung, seine Unschuld beweisen zu können, trieb ihn in die Heimat zurück, der Jora über die ihm widerfahrte Schmach trug das Seinige auch dazu bei.“

„So will ich ihm wünschen, daß er den Beweis finden möge!“

„Wünschen Sie das wirklich?“

„Was könnte Sie veranlassen, daran zu zweifeln?“ fragte Paul, in dessen dunklen Augen es jählich aufblitzte. „Ich hoffe, Sie vermuten nicht, daß ich auf das Majorat größeren Wert lege, als auf meine Ehre! Ich werde meinem Bruder sofort die Arme öffnen, sobald er seine Schuldlosigkeit beweisen kann, aber bis dahin bin ich es den Rücksichten auf meine Familie und auf meine eigene Ehre schuldig, ihn zu verweigern.“

„Sie wollen ihn auch nicht besuchen?“

„Ich mag auch das ablehnen; dieser Besuch könnte ja nur für uns beide peinlich sein.“

„Ich hatte diese schroff ablehnende Haltung nicht erwartet“, sagte der Doktor unwillig. „Ihr Bruder ist unglücklich und benützlich, nicht durch eigene Schuld.“

„Ich wiederhole, wenn er dies beweisen kann, so ist die Kluth zwischen ihm und mir sofort überbrückt, bis dahin aber sollte der Rest seines Schangefühls ihm verbieten, sich als Mitglied unserer Familie zu bezeichnen.“ — „Es tut mir weh, daß ich so reden muß“, Herr Doktor, aber unser Ehrenföhl muß blank und ohne Flecken sein, das hätte Kurt sich vor Augen halten sollen. Ich er Ihnen, seinem Wohltäter, gegenüber sich als schuldig bezeichnet, begreife ich, aber wenn er nun versucht, die Schuld auf Wintrop abzuwälzen, so sehe ich darin nur ein miltärisches Manöver. Wintrop war sein treuester Freund, er hat sich auch später in seinen Aussprüchen über ihn als solcher bewiesen, ich würde auch nicht

weiche Gründe oder Zwecke ihn verleitet haben könnten, den Schurkenstreich zu begehen, von dem Sie vorhin sprachen. Kennen Sie ihn persönlich?“

„Nein.“

„Dann sind Sie auch nicht berechtigt, ein Urteil über ihn zu fällen. Halten Sie sich an die Tatsachen, wie Sie damals festgestellt und noch nicht widerlegt worden sind.“

„Und selbst wenn er schuldig wäre, Herr Baron, so könnte dennoch ihm verziehen werden“, sagte der Doktor. „Wenn Sie bei Ihrem Herrn Vater ein gutes Wort für ihn einlegen wollten, so würde es sicherlich auf einen fruchtbaren Boden fallen und Sie hätten damit nur eine Pflicht der Menschlichkeit erfüllt.“

„Tut mir leid, Sie urteilen darüber nicht richtig“, erwiderte Paul mit einem bedauerlichen Achselzucken. „Mein Vater würde mir diesen Vermittlungsversuch sehr ablehnen. Für ihn ist der entehrte Sohn tot, er will den Namen desselben nicht mehr hören, jede Erinnerung an ihn weckt seinen Jora, ich wage nicht, Ihren Wunsch zu erfüllen. Papa würde mir vorwerfen, die Ehre meiner Familie müsse mir höher gelten, als die Rücksicht auf meinen Bruder, der Sie geschändet habe. Glauben Sie auch nicht, daß es Ihnen gelingen wird, den harten Sinn meines Vaters zu beugen, im günstigsten Falle erreichen Sie nur die Vermittlung einer kleinen Unterstützung unter der Bedingung, daß Kurt sofort der Heimat wieder den Rücken wendet.“

Der Doktor hatte sich von seinem Sessel erhoben. „Trotzdem werde ich den Versuch machen“, sagte er. „Von Ihnen habe ich also durchaus keine Unterstützung zu erwarten.“

„Ich bin augenblicklich leider nicht in der Lage; ein geringes Almosen mag ich meinem Bruder nicht anbieten, will er es aber annehmen, um wieder ins Ausland zurückzukehren zu können, so steht es ihm zur Verfügung. Er soll bis nach dem Ableben unseres Vaters draußen bleiben, ist er auch dann noch nicht auf einen grünen Zweig gekommen, so will ich gerne ihm sein Dasein sorgenfrei gestalten.“

„Von solcher Unterstützung sprach ich nicht, Herr Baron, ein Almosen wird Ihr Bruder allerdings nicht von Ihnen annehmen, es würde ihn erniedrigen, denn ich werde nicht verzeihen, ihm die Bestimmungen zu diktieren, die Sie gegen ihn erlassen.“

unterbreiten, durch die die Presse in Bremen vor dem ihr drohenden Zusammenbruch bewahrt wird, wobei besonders zu prüfen wäre, ob diese Zweck durch Maßnahmen erreicht werden kann, wie sie in Baden getroffen worden sind. — Der wirtschaftspolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich heute mit dem Entwurf einer Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse. Einmütig wurde folgende Fassung des § 14 vorgeschlagen: Rückvergütungen auf Druckpapierpreise sind an Verleger der deutschen Zeitungen und Zeitschriften, die politischen und wissenschaftlichen Charakter tragen, wie die der deutschen religiösen Sonntagsblätter zu zahlen. Unterstützungsberechtigten sind ferner die offiziellen Organe der allgemeinen und fachlichen Berufsvertretungen, soweit sie nicht durch Anzeigen oder aus anderen Quellen ihre Selbstkosten decken. In Zweifelsfällen entscheidet der Verwaltungsrat über die Unterstützungsberechtigung. — Ferner wurde einstimmig beschlossen, daß außer den in der Verordnung Genannten der Reichsverband der deutschen Buchhändler einen Vertreter und ferner der Reichswirtschaftsrat im Einvernehmen mit den betreffenden Organen je einen Vertreter der Fachpresse und der wissenschaftlichen Zeitschriften in den Verwaltungsrat zu entsenden hat. Mit allen gegen 5 Stimmen wurde folgende Entscheidung zu § 14 angenommen: Auf Rückvergütungen haben nur solche Verleger Anspruch, die ihre Verpflichtungen aus den Lohnverträgen der Arbeiter, Angestellten und Redakteure erfüllen. — Mit diesen Änderungen wurde die Verordnung einstimmig gebilligt. Vertreter der Arbeitgeber und von der Reichsregierung ernannte Mitglieder brachten dabei zum Ausdruck, daß sie das Gesetz selbst nach wie vor für eine wirtschaftspolitisch verfehlte Maßnahme halten, weil wirtschaftlich arbeitende Gewerbe durch Beihilfen nicht gehalten werden können.

Die Abkehr vom Kommunismus. Der Führer der Braunschweiger Kommunisten, der Lehrer, Stadtverordneter und Landtagsabgeordnete Hans Sievers, hat seinen Austritt aus der kommunistischen Partei erklärt, und ist zur U.S.D. übergetreten. Durch den Austritt Sievers, der auch als Kultusminister in Braunschweig einen gewissen Ruf erlangte, verliert die kommunistische Partei in Braunschweig ihren fähigsten Kopf. Obgleich Sievers als Spitzenkandidat der kommunistischen Partei in den Landtag gewählt wurde, behält er sein Landtagsmandat bei.

Kleinrentnererfolge in Thüringen. Um der Not der Kleinrentner entgegenzuwirken, hat die thüringische Regierung beim Reichsarbeitsminister beantragt, daß die Kleinrentner den Sozialrentnern gleichgestellt werden und daß das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt nicht erst am 1. April 1924, sondern bereits am 1. April 1923 für Thüringen in Kraft tritt. Der thüringische Landtag soll erlucht werden, zur Befreiung des Kinderelends 15 Millionen Mark bereitzustellen. Ferner wird geplant, ein Verbot zu erlassen, wonach es Althändlern untersagt sein soll, Gegenstände von Kindern unter vierzehn Jahren anzukaufen.

Die Einberufung des thüringischen Landtages gefordert. Nach einer Meldung der „Völkischen Zeitung“ aus Jena haben wegen des Ausfalls der thüringischen Stadtrats- und Gemeinderatswahlen die Abgeordneten der nicht sozialistischen Parteien des thüringischen Landtages beschlossen, die alsbaldige Einberufung des Landtages nach § 13 der Verfassung vom Präsidenten zu fordern.

Eröffnung der Rühl-Gefrieranlagen in Bremerhaven. In Gegenwart von Vertretern des Reichsernährungsamtes, der Tierärztlichen Hochschule in Berlin, des Bremer Senats, der Bremer Handelskammer, des Norddeutschen Lloyd usw. fand gestern die Eröffnung des Betriebes der im Freifhafen in Bremerhaven mit Unterstützung des Norddeutschen Lloyds errichteten Rühl-Gefrieranlagen des Frigus G. m. b. H. statt.

Frankreich.

Die Bevölkerungsabnahme im „nördlichen Frankreich“. Obgleich Frankreich durch die Angleichung von Elsass-Lothringen einen Bevölkerungszuwachs von 1709749 Köpfen erfahren hat, beträgt doch die Einwohnerzahl dieses „nördlichen Frankreich“ heute um 395226 Seelen weniger als vor zehn Jahren. Diese Tatsache wird in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ auf Grund der neuesten Statistik festgestellt. Die 1921 vorgenommene Volkszählung ergab eine Einwohnerzahl von 39209666 Köpfen. Frankreich hat also innerhalb der alten Grenzen im Laufe von zehn Jahren um 2104976 Köpfe abgenommen, was etwa 5 1/2 Prozent der Bevölkerung weniger, die es 1911 hatte. Die Volksdichte berechnet sich in Frankreich jetzt nur noch auf 72 Einwohner für den Quadratmeter, während sie in Deutschland 128 beträgt. Nur in 8 von den 90 französischen Departements hat sich die Einwohnerzahl vermehrt. Die Zahl der Fremden hat um 417763 zugenommen.

Die in Vpon zurückgehaltenen Goethe Reliquien. Der „Ceclair“ kommt auf die seit der Ausstellung 1914 in Vpon zurückgehaltenen Reliquien aus dem Frankfurter Goethearchiv zu sprechen, die er etwas verlegen als Wand für im Kriege verloren gegangene französische Gemälde und andere Kostbarkeiten behandelt wissen will. Immerhin ist es dem Blatte peinlich, daß wertvolle Dokumente wegen der 500000 Franken Lagergebühr verstaubt werden und etwa in die Hände reicher Sammler geraten könnten. Sie seien vor dem Kriege in liebenswürdiger Weise geliehen worden und es wäre korrekt gewesen, sie nach Aufhebung der Beschlagnahme einfach zurückzugeben. Jedenfalls kann der

„Ceclair“ nicht umhin, das eingeschlagene Verfahren für nicht sehr „schick“ zu halten und fragt: Sind wir denn nicht mehr die fortschrittlichsten Leute von der Welt?

Teuerung und Preisbildung.

Die Nachrichtenstelle der sächsischen Staatskanzlei teilt folgendes mit: „Das sächsische Wirtschaftsministerium hatte am Donnerstag die Spitzenvertretungen von Industrie, Groß- und Kleinhandel, die Verbraucherämtern, sowie Vertretungen der Arbeiter, Angestellten und Beamtenvereinigungen zu einer Sitzung ins Ministerialgebäude zusammenberufen. Den Vorsitz führte Wirtschaftsminister Hellwig.“

Die mehrkündigen, ersten und streng sachlichen Beratungen ließen erkennen, daß der vom Wirtschaftsministerium schon jetzt eingenommene Standpunkt auch der Standpunkt der Konferenz war, daß nämlich bei der Festsetzung des Verkaufspreises es nicht mehr haltbar sei, nach dem Grundsatz zu verfahren, daß nur Verkaufspreis ausläßt eines angemessenen Gewinnes stattdessen sei dürfte. Geldentwertung, häufiger Geldkurswechsel und die ungemessene Preissteigerung bei der Wiederbeschaffung von Waren legen das zwingende Gebot auf, den **Wiederbeschaffungspreis** in angemessener Weise bei der Festsetzung des Verkaufspreises mit zu berücksichtigen, wenn die Volkswirtschaft nicht zum Stillstand kommen soll. Dagegen lebte die Sitzung, in Uebereinstimmung mit dem Wirtschaftsministerium, die Wünsche einzelner Kreise an, die bei der Festsetzung des Verkaufspreises in unbeschränkter Weise nur den Wiederbeschaffungspreis fallulieren wollten. Sehr stark setzte sich in der Sitzung die Meinung durch, daß es vor allem geboten erscheine, daß das Reich sich ein **Kontroll- und Mitbestimmungsrecht** über die Preisbildung bei den großen Spinnfabriken, Kartellen und Minen verschaffe. Dieser Ansicht schloß sich auch der sächsische Wirtschaftsminister an, zumal ja heute kaum noch von der normalen Bildung eines Marktpreises gesprochen werden kann, weil die Kartelle im wahren Sinne des Wortes zu Preisdictatoren geworden sind. Namhafte Vertreter des Kleinhandels befaßten sich darüber, daß heute über Preise und Kaufbedingungen mit dem Kleinhandel überhaupt nicht mehr verhandelt würde, sondern daß der Kleinhandel sich einfach dem Marktpreis der Großindustrie, Konzerne usw. unterwerfen habe. Mit dem Kleinhandel ist es heute bereits so weit gekommen, daß er an hohen Preisen kein Interesse mehr haben kann, weil sich in der Praxis schon herausstellt, daß die Kaufkraft der Masse der Verbraucher nicht mehr ausreicht, um die angebotenen Waren abzunehmen.

Die Sitzung nahm von der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums Kenntnis, daß die sächsische Landespreisprüfstelle angewiesen sei, nicht in kleinlicher Weise den Kleinhandel zu verfolgen, sondern ihn nur weiter streng auf alle kaufmännische Praxis und Preisbildung zu beobachten, im übrigen aber ihr Augenmerk auf die Preisstreiberien in den Erzeugungsstätten richten solle. Das Wirtschaftsministerium bereitet zurzeit, in Uebereinstimmung mit dem Justizministerium, eine **engere Verbindung zwischen Rechtspflege und wirtschaftlicher Praxis** vor. Zu diesem Zweck ist beabsichtigt, richterliche Personen (Staatsanwaltschaftsbeamte) vorübergehend in die Landespreisprüfstelle abzuordnen, wo sie mit der Praxis des Wirtschaftslebens vertraut gemacht werden und zu objektiver Beurteilung von Preisstreiberien und Mißverhältnissen befähigt werden sollen. In gleicher Weise werden Wirtschafts- und Justizministerium gemeinsam beauftragt, geeignete Sachverständige für solche Strafprozesse zu benennen.

Wirtschaftsminister Hellwig hob am Schluß die Tätigkeit der Landespreisprüfstelle hervor. Leider dürften sich auch vor noch nicht allzu langer Zeit gerade die Kreise des Kleinhandels gegen das Bestehen der Landespreisprüfstelle gemeldet. Heute könne er erklären, daß eine sachliche Rechtfertigung der Interessen des ehrlichen Kleinhandels ohne diese Einrichtung gar nicht mehr möglich wäre und daß ohne der Einrichtung der Landespreisprüfstelle der Gegensatz zwischen Verbraucherämtern und Kleinhandel sicherlich weit größer, ja vielleicht schon unerträglich sein würde.

Des weiteren machte der Wirtschaftsminister noch Ausführungen über den bestehenden Kapitalmangel, der nicht nur in Industrie und Landwirtschaft, sondern neuerdings auch im Handel sich in einer Bedrohungs erregenden Weise bemerkbar mache, was unter Umständen die Lebensmittelversorgung für den nächsten Winter ganz wesentlich erschweren könne.

Volkswirtschaftliches.

Notgeld der Sächsischen Staatsbank. Die Sächsische Staatsbank hat Notgeldscheine ausgegeben, die über 500 Mark lauten und auf weißem Wertpapier im Format 170 x 90 Millimeter hergestellt sind. Das Papier trägt Wasserzeichen „Nacht mit Stern“. Auf der Vorderseite ist unter Aufschrift eines Randes ein grüner Grund aufgedruckt, auf dem in weiß ein Eisenbaum mit oben nach beiden Seiten sich ausbreitenden Ästen, darunter links ein Dorf, rechts eine Fabrik, erscheint. In den Ästen eines Baumes ist links und rechts oben, und zwar der Richtung nach diagonal die Zahl 500 in weiß ausgepart. Beide Querseiten zeigen innerhalb des grünen Grundes ein

prellenförmiges Binnensymbol mit dem Namen **Wasserscheit** Grund; auf dem linken ist von unten nach oben die Serie und Nummer, letztere in Rot aufgedruckt. Die Scheine können vom 1. Dezember ab zur Einlösung aufgerufen werden.

Erhöhung der Nahrungsmittelpreise. Wie mitgeteilt wird, hat das Nahrungsmittelamt den Verkaufspreis auf Nahrungsmittel von 50 auf 60 pct. erhöht.

Bergarbeiterlöhne und Kohlenpreise. Aus Bochum wird gemeldet: Der Aste Bergarbeiterverband menbet sich gegen die Auffassung, als ob die letzte Lohnerhöhung der Bergarbeiter auf einem Dollarkarnde von 2000 beruhe und den Zweck verfolgt habe, die Preisentwicklung des Monats September von vornherein auszugleichen. Am 24. August, dem Tage der Beschlußfassung, habe der Entwertungsfaktor der Mark das 470fache betragen, die Bergarbeiterlöhne seien aber nur um das 105fache gegenüber der Vorkriegszeit erhöht worden. Wenn weiter auf die wirtschaftlichen Folgen der Kohlenpreissteigerung hingewiesen und die Bergarbeiterlöhne hierfür als treibendes Moment hinstellt würden, so sei demgegenüber festzustellen, daß der Anteil der Löhne und Angestelltengehälter an der letzten Kohlenpreissteigerung nur 33 Prozent der Nettoerhöhung ausmache, die Zuschläge für Materialen und sonstige Nebenkosten aber 200 Prozent. Die Verantwortung für die Kohlenpreissteigerung könne daher unmöglich auf die Bergarbeiterlöhne abgewälzt werden.

Der amtliche Papiermarkkurs als nächste notwendige Voraussetzung zur Rettung des deutschen Wirtschaftslebens ist von dem Direktor des Deutschen Industrieverbandes, Grüner, Dresden, seit langem vorgeschlagen worden. In der jetzt erschienenen Nummer 51 der „Mitteilungen“ des Verbandes (über über 800 Arbeitgeberverbände und 12000 Industriebetriebe als Einzelmitglieder umfasst) begründet Grüner die von ihm empfohlene periodisch vorzunehmende amtliche Festsetzung des Papiermarkwertes unter Darlegung der Ursachen und Folgen des jetzigen Valutaendes. Der „amtliche Papiermarkkurs“ würde unter anderem auch den Wünschen, soweit sie als berechtigt anzusehen sind, Rechnung tragen, die dem Drängen der Gehalts- und Lohnempfänger nach der „bleibenden Lohnkraft“ zu Grunde liegen. Diese ist von Grüner von Anfang an befruchtet worden. Wie jetzt verlautet, ist über sie bereits ein Gehaltsentwurf ausgearbeitet, der demnächst vorgelegt werden soll. Ihre Einführung müßte für die Wirtschaft unaußersichtlich verhängnisvolle Folgen haben (siehe Weiteres). Bei der amtlichen Festsetzung des Papiermarkwertes können solche nicht in Frage. Nach Grüners Darlegungen kann an sich die vorgeschlagene Maßnahme, die nur eine periodische Stabilisierung des Wertmaßes „Geld“ bedeutet, natürlich keine Besserung der deutschen Wirtschaftslage, die nur durch Vermehrung der Warenmenge als Folge gesteigerter Produktion erreichbar ist, herbeiführen, aber sie bildet die wesentliche Voraussetzung dafür. Der Verband gibt, soweit der Vorrat reicht, einzelne Exemplare des Blattes ab.

Unglaubliche Holzpreise wurden auf der Holzauktion in Bad Berka in Thüringen erzielt. Das Festmeter Nadelholz brachte 20000 M. Das ist eine Steigerung gegen den Frieden um annähernd das 1000fache. Anbruchblöcke, die früher mit 15 M. bezahlt wurden, erzielten 17000 M., also mehr als das 1000fache.

Die neue Währung in Ostauca. Aus Rom wird gemeldet: Am 1. Oktober wird die neue Währung eingeführt. Wertinheit ist der Lira.

100 Mark für das Wechsel eines 10000 Mark Scheines. Nach einer Meldung des „Kosmos“ aus Hamburg wird dort wegen des für die Ultimozahlungen notwendigen Kleingeldmangels für das Wechsel eines 10000 Mark Scheines ein Aufgeld von 100 Mark bezahlt.

Die Zahlungsmittelnot. Die „Dena“ verbreitet eine Meldung über die zum jetzigen Ultimo „in erschreckendem Maße hervorgetretene Zahlungsmittelnot“. Die vom 29. September datierte Meldung sagt folgendes: Zum heutigen Ultimo macht sich der Mangel an Bargeld wieder in erschreckendem Maße bemerkbar. Große Berliner Banken waren heute nicht in der Lage, auch nur kleine Schecks über 1500-5000 Mark einzulösen. In den Kreisen der Industrie und des Handels erregt dieser Bargeldmangel der Banken das größte Aufsehen, da sehr viele Betriebe nicht in der Lage sind, zum Monatsanfang Gehälter und Löhne auszuzahlen. Wenn die Reichsbank bisher stets den eiltägigen Streit der Buchhalter in der Reichsdruckerei als Grund für den Geldmangel anführte, so sind inzwischen doch mehrere Wochen ins Land gegangen, und die Reichsdruckerei ist sicher in der Lage gewesen, die nötigen Scheine zu drucken. Da auch das Postfachamt nicht in der Lage war, kleinere Beträge auszuzahlen und nur über 10000-Mark-Scheine verfügte, so muß hier ein defizienter Dispositionsmangel der Reichsbank vorliegen. Das „Verf. Tabl.“ bemerkt hierzu: Nach unseren Informationen hat die Reichsdruckerei das Weisheitsmögliche geleistet, um die für den Ultimo gebrauchten Zahlungsmittel zu schaffen. Um eine Vorkostung zu geben, welche Summen täglich an den Schaltern der Reichsbank zur Auszahlung gelangen, wird uns mitgeteilt, daß allein gestern über eine Milliarde Mark an Berlin ausgezahlt worden ist.

Auf der Wief'n.

Aus München wird uns geschrieben: Das alte, liebe, frühliche Oktoberfest hat den Münchenern mitten in den Nöten und Bedrängnissen der Gegenwart seine göttlichen Tore geöffnet, um ihnen auf eine kurze Spanne Zeit das unbefürmerte sorglose Leben von einst wiederzugeben. Man muß dieses fest draußen vor den Toren der Stadt zu Füßen der gewaltigen Bavaria im Grün der Wiesen und Wälder, der Tannenhecken und aufgespizten Birken miterschauen, diese von Münchener Geist, Frohsinn, Kunstfertigkeit durchdrungene Atmosphäre eingeatmet haben, um zu verstehen, daß keine Freude, keine Veranstaltung irgendwelcher Art dem Münchener Völklein sein Wiesenfest ersetzen könnte. Selbst der Himmel hatte ein Einsehen und während er wochenlang die Stadt an der Fiar mit Regen, Sturm und Wind gepeitscht hatte, spannte er über die Oktoberwiese ein weites, blaues, sonderbarstimmiges Dach aus.

Die Münchener, die früher in derbsten, oberbayerischen Kraftausdrücken ihren Zorn ausließen, wenn die Nacht hier um zwei Pfennig höher rückte, hatten in diesem Jahr viel zu jammern; denn das Alter Oktoberfest ist heute und schreibt auf fünfzig Mark festgelegt worden, genau derselbe Preis, der für eine Fahrt auf der prächtigen, in allen Richtern funkelnden Räderbahn verlangt wird. Jawohl, man klagt und seufzt; aber die Wief'n ist ein genialer Magnet und trotz der Teuerung und Geldentwertung krömen Tausende dahin, und in dem Jubel und Trubel der Schauläden, Karussells, Schießstände, der Musik und dem Geschieß sind bald alle Bedenken vergessen und jeder steht im Damm einer echten, alten mitreisenden Volksfreude. Auge und Ohr laden sich. Auf Schritt und Tritt begegnet man staunender Bewunderung und Kunstsinne. Die Hallen der perspektivierten berühmten Münchener Bräue: Anguliner, Schottenhamel, Bräuerei, die trotz der Preissteigerung, etwas so Befriedigendes, Persönliches, Abgeschlossenes haben, haben einen unwiderstehlichen Zauber aus; alte Bilder von dem Sommer schwächen die Wärme... Dunkelgrüne Entz-

landen schneiden den Drangton des durchscheinenden Festdaches, voll frühlicher Buntheit und Volkshumor sind die figurlichen Austerbemalungen und überall grühen die alten Wappen und Schilder in dem Grün der Föhren und wehen die Fahnen und Wimpel. Fürs teibliche Wohl wird reichlich Sorge getragen; die Kellnerinnen — alle draß und wohlgenährt — eilen mit der vollen Maß Bier; an kleinen Spiechen drehen sich die knusprigen, goldenen Backendeln und über einem rot glimmenden Schacht wendet sich langsam an einem Eisenstab ein mächtiger, fettreifender Ofen. In den malerischen Fischbuden sind frische aller Art im Freien über glühenden Holzbohlen an Stangen ausgelegt und färben sich dunkelbraun, und trotzdem ein Fisch ohne jede Jutal die Kleingeld von 180 Mark kostet, sind die Tische von frühlich gütigenden Menschen besetzt. Schweinswürste braten auf dem Rost und duften unwiderstehlich, und an allen Ecken stein Frauen mit Körben voll frischen Gebäcks und Salzbrezeln. Entzündend sind die Verkaufsbuden im Stil oberbayerischer Sennhütten — so lieb und bunt und frisch und frisch mit Blumen und bemalten Fensterläden mit vielen roten Dergen und lächelnden Dirndeln, die ihre Gebelte und Zunderstangen selbstliehen! Die Schießstände sind die Sammelpunkte der berühmten Schützen mit den Kranzledernen, Stutzen, Hüten und medalienbesetzten grünen Toppen, die sich heute mit drei Treffern nicht nur bunte Ehrenbänder und Orden, sondern auch sehr selten und kostbar gewordene Bierbumpen, Walschgeschirre und Garantieweder verdienen können. Den freisenden Karussells geht seine Minute der Atem oder die Puff aus; hier jubelt die Schär der Kinder mit ihren blauen, grünen und roten Ballons, die nichts von ihrem Sauber eingebüßt haben. Vor den Schauläden staut sich die Menge, unerschöpflich, welchen Vorkanrufen sie folgen und was sie sich zurecht anfechten sollen: das Wädhchen mit der Gorklabaut, das Rindskrotobill, das nachweislich 800 Jahre alt ist, den datter dreinbildenden, von Geheimnissen umwogten indischen Fakir, oder am Ende das kolofale Mädchen Irma, oder die 80 Zentimeter hohe Dringefin Brown-Prou. Das Volk hat nichts von seiner

Naivität verloren; es glaubt alles, die Papierschneie steigen voller Erwartung verschwindet man hinter den beiden Vorhängen und kommt, ohne je eine Enttäuschung zu erleben, befrachtet und angeregt auf der Ausgangsseite wieder heraus. So vergeht der Tag in ungezählten Freuden, und wenn die Sonne zur Reize geht und die Dämmerung ihren Mantel über das buntnitbelnde Neben wirft, beginnen auf der Wief'n tausende von heißen Sternen zu funkeln, die bis 10 am Abend, bis zur streng eingehaltenen Polizeistunde ihr Freudenlicht in die Herzen der Festbesucher werfen.

D. Schede.

Kunst und Wissenschaft.

Internationale Esperantokongress. Der nächstjährige 15. Internationale Esperantokongress findet in Nürnberg voraussichtlich vom 2. bis 9. August statt. Es wird mit einer Teilnehmerzahl von 5-6000 Delegierten aus allen Ländern gerechnet.

Wochenplan des Sächsischen Staatstheater für die Zeit vom 1. bis 9. Oktober 1922. **Sonntag** Fidelio, 7 1/2, — 10 Uhr. **Montag** Orpheus und Eurydike, 7 1/2, bis nach 9 1/2, Uhr. **Dienstag** zum ersten Male Palestrina, Anfang 8 Uhr. **Mittwoch** Carmen, 7 bis 10 1/2, Uhr. **Donnerstag** Palestrina, Anfang 5 Uhr. **Freitag** Die Boheme, 7 1/2, bis 10 1/2, Uhr. **Sonabend** Hoffmanns Erzählungen, 7 1/2, bis 10 1/2, Uhr. **Sonntag** Palestrina, 8 Uhr. **Montag** Tosca, 7 1/2, bis gegen 10 Uhr. **Schauspielhaus:** **Sonntag** Improvisationen im Juni, 7 1/2, bis 9 1/2, Uhr. **Montag** Gogol und sein Ring, Rhodope Gertrud Trebnitz als Gast, 7 1/2, bis 10 Uhr. **Dienstag** Hans von Gutens Ruhe, Anfang 7 1/2, Uhr. **Mittwoch** Weimall zwei in fünf, 7 1/2, bis nach 10 Uhr. **Donnerstag** Improvisationen im Juni, 7 1/2, bis 9 1/2, Uhr. **Freitag** Ein Sommernachtsstraum, 7 bis nach 9 1/2, Uhr. **Sonabend** Michael Kramer, 7 bis 10 Uhr. **Sonntag** Improvisationen im Juni, 7 1/2, bis 9 1/2, Uhr. **Montag** Hans von Gutens Ruhe, Anfang 7 1/2, Uhr.

